

KlimaSchutzPartner des Jahres 2010



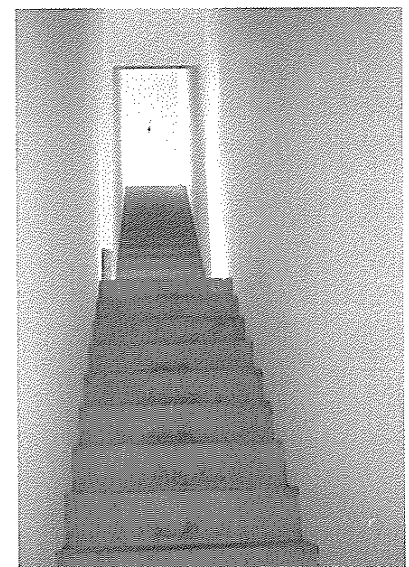
Wohnen auf dem Mauerstreifen Bernauer Straße 8 Neubau innerstädtisches Reihenhaus

- Komplett erneuerbare Energieversorgung
- 20 cm Mineralschaumdämmung der Wände
- Holzpelletheizung
- Solare Heizungsunterstützung und Warmwasserbereitung (10 qm Flachkollektoren)
- Stromversorgung erneuerbar durch Elektrizitätswerke Schönau
- Konsequenter Einsatz stromsparender Geräte und Beleuchtung
- Flächensparende dichte Bebauung (Grundstück 120 qm)
- Autofreies Wohnen
- Wohnweg als Spielbereich für Kinder
- Wohnen und Arbeiten ohne Wege (Büro im EG)
- KfW 40-Energiestandard (27 Kwh/m²a Primärenergiebedarf)



| | EWS-Strom | Bundesdurchschnitt |
|------------------------|-----------|--------------------|
| ■ Atomenergie | 0,0 % | 25,4 % |
| ▨ Kohle, Öl | 0,0 % | 46,7 % |
| ▩ Erdgas | 9,1 %* | 12,1 % |
| ▧ Erneuerbare Energien | 90,9%** | 15,8 % |

* EWS-Strom: hocheffiziente + klimaschonende Kraft-Wärme-Kopplung
 ** 73 % Wasserkraft aus Neuanlagen und 17,9 % EEG-Anteil





Wohnen auf dem Mauerstreifen

Neubau innerstädtisches Reihenhaus Bernauer Straße 8

Das Haus wurde als eines von 16 städtische Reihenhäuser auf einem ehemaligen Mauergrundstück in der Bernauer Straße errichtet.

Die Situation des Hauses ist geprägt durch die unmittelbare Nähe des ehemaligen Todesstreifens an der Bernauer Straße. Direkt vor dem Haus entsteht hier die Erinnerungslandschaft der Mauergedenkstätte. Das Haus reagiert auf diese Situation mit einer städtebaulich zurückhaltenden Lochfassade.

Diese zieht sich um die Ecke in den dicht bebauten Innenraum und wirkt hier als trennendes Element zwischen öffentlichem und privatem Raum.

Erst im obersten Geschoss öffnet sich das Haus mit einem großen Fenster nach Südwesten und - von außen fast unbemerkt- auf die große Terrasse nach Süden

Energiekonzept:

- KfW 40-Energiestandard
- Primärenergiebedarf Q_p : 27 Kwh/m²a (gegenüber Standard-Neubau mit ca. 80 Kwh/m²a)
- Spez. Transmissionswärmeverlust: 0,33 W/m²K
- Passive Solarwärmenutzung durch Platzierung des Haupt-Wohnraums im obersten Geschoss mit Ausrichtung nach Süden

Energieversorgung durch erneuerbare Energiequellen:

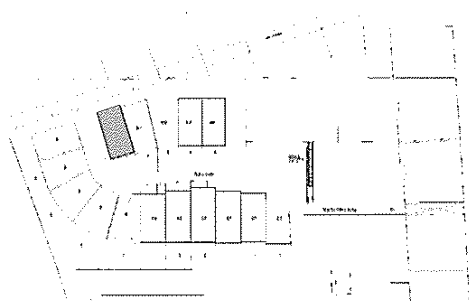
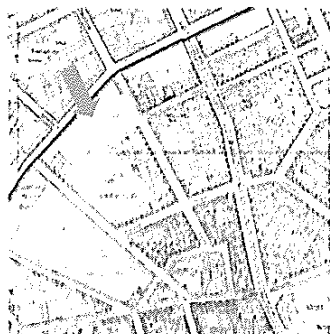
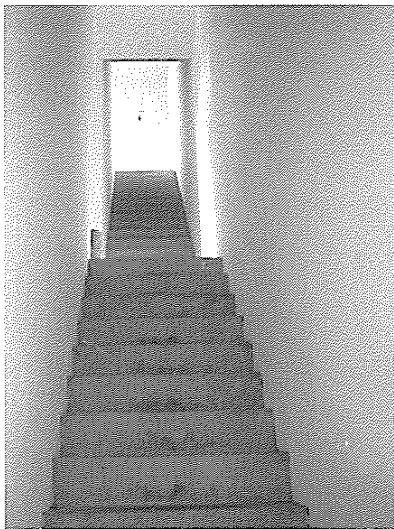
- Holzpellettheizung (annähernd CO₂-neutral)
- Solare Heizungsunterstützung und Warmwasserbereitung
- Erneuerbare Stromversorgung durch Elektrizitätswerke Schönau
- Konsequenter Einsatz stromsparender Geräte und Beleuchtung

Ökologie:

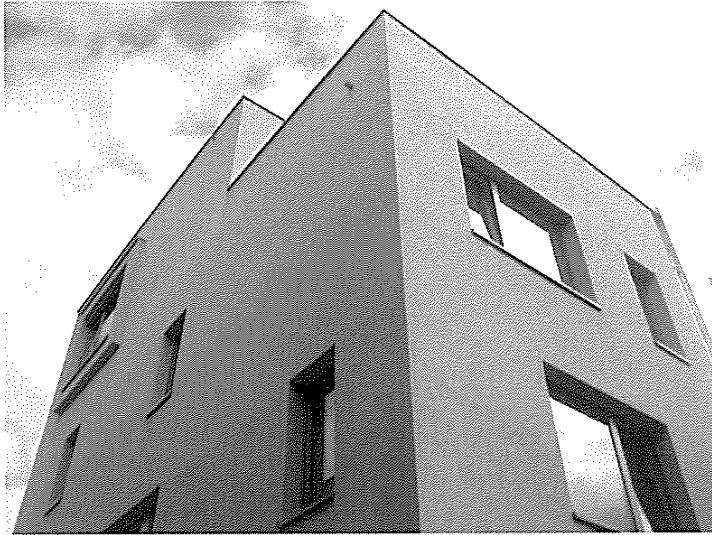
- Dämmung mit recycelbarer Mineralschaumdämmung
- Regenwasserversickerung auf dem Grundstück
- Gründach
- Flächensparende dichte Bebauung (Grundstück 120 qm)
- Autofreies Wohnen

Baukosten:

- 295.000 € (KG 300-400) für 180 qm und 55 qm Keller



KlimaSchutzPartner des Jahres 2010



Planung und Energiekonzept
 SDU Architekten und Energieberater
 Carola Sigel, Franco Dubbers
 Tel 030 2809 93 90
 www.sdu-architekten.de
 info@sdu-architekten.de



Blick auf die Nachbarschaft und den Wohnweg

ENERGIEAUSWEIS für Wohngebäude
 gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 1 Energieeinsparverordnung (EnEV)

Datum: 04.09.2010

Gebäude
 Gebäudetyp: Wohngebäude
 Adresse: Berliner Straße 4, 10115 Berlin
 Baujahr: 2010
 Anzahl Wohneinheiten: 2024
 Anzahl Wohnungen: 2024
 Anzahl Geschosse: 2
 Anzahl der Bauteile: 2024
 Anzahl der Bauteile: 2024

Hinweise zu den Angaben über die energetische Qualität des Gebäudes
 1. Die Angaben über die energetische Qualität des Gebäudes sind die Ergebniswerte der Berechnung der Energieeffizienzklasse des Gebäudes. Die Angaben über die energetische Qualität des Gebäudes sind die Ergebniswerte der Berechnung der Energieeffizienzklasse des Gebäudes.

Hinweise zur Verwendung des Energieausweises
 1. Der Energieausweis ist ein Dokument, das die energetische Qualität des Gebäudes darstellt. Er ist ein Dokument, das die energetische Qualität des Gebäudes darstellt.

Dr. Ing. Franco Dubbers
 SDU Architekten und Energieberater
 Heidehof 10a, Berlin 10
 10565 Berlin
 030 2809 93 90
 www.sdu-architekten.de

ENERGIEAUSWEIS für Nichtwohngebäude
 gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 2 Energieeinsparverordnung (EnEV)

Berechneter Energiebedarf des Gebäudes

Energiebedarf: 74,8 kWh/m²a
 Energiebedarf: 27,6 kWh/m²a
 Energiebedarf: 65,6 kWh/m²a

Zeichensystem der Einhaltung des § 7 oder § 9 Abs. 1 EnEV

Energieeffizienzklasse: G
 Energieeffizienzklasse: G

Energieeffizienzklasse

Sonstige Angaben

Vergleichswerte Energiebedarf

Erläuterungen zum Berechnungsverfahren

Energieausweis und Thermografie



Das bringt es dir

- die Chance, dich für den Umwelt- und Naturschutz zu engagieren
- einen Einstieg ins Arbeitsleben
- eine berufliche Orientierung
- jede Menge Erfahrungen und Qualifikationen
- die Möglichkeit, im Team zu arbeiten
- zwei Wartesemester
- ein qualifiziertes Zeugnis

FÖJ als Zivildienst-Ersatz

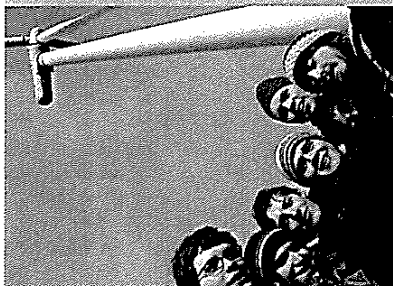
- Freiwilligenjahr für anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die zu Beginn des FÖJ noch nicht 23 Jahre alt sind
- Extra-Auswahl an attraktiven Einsatzstellen
- Dauer und andere Rahmenbedingungen wie im regulären FÖJ
- Bewerbung bitte mit deutlichem Hinweis auf FÖJ als Zivildienst-Ersatz und mit Kopie des Anerkennungs-schreibens als Kriegsdienstverweigerer

Alle Infos zum „Zivi-FÖJ“ und zu den Einsatzstellen unter www.stiftung-naturschutz.de/foej/zivis.php

FÖJ

„...weil Umwelt-schutz auch für Zivis eine spannende Alternative ist!“

Zivi-FÖJler aus dem Jahrgang 08/09



Gedruckt auf 100% Altpapier mit Umweltgelb, Stand 2009

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) wird gefördert durch das Land Berlin, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), den Europäischen Sozialfonds (ESF).



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Qualität in Freiwilligendiensten:
Die Stiftung Naturschutz Berlin ist für ihre gute Arbeit im Freiwilligen Ökologischen Jahr mit dem Gütesiegel der Agentur „Qualität in Freiwilligendiensten“ ausgezeichnet worden.



stiftung naturschutz berlin

Potsdamer Straße 68

10785 Berlin

T: (030) 26 39 41 40

E: foej@stiftung-naturschutz.de

I: www.stiftung-naturschutz.de

Öffnungszeiten FÖJ: Mo. - Do. 9:00 - 16:00 Uhr
Fr. 9:00 - 15:00 Uhr

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

U-Bahnhof Kurfürstenstraße,

U-Bahnhof Mendelssohn-Bartholdy-Park,

S-Bahnhof Potsdamer Platz

Bus M 48, M 85 und M 29

Falls du noch Fragen hast,
helfen wir dir gern.



stiftung naturschutz berlin

Für die Umwelt Für dich

Freiwilliges Ökologisches Jahr



FÖJ – deine Chance für Umwelt und Beruf



- Umweltbildung
- Umweltinformation
- Umweltanalytik
- Ökologische Landwirtschaft
- Garten- und Landschaftspflege
- Erneuerbare Energien Umwelttechnik
- Ökologische Dienstleistungen

Du kannst mitmachen, wenn du

- Interesse am Engagement und am Lernen im Umwelt- und Naturschutz hast,
 - deine Schulpflicht erfüllt hast (meistens mit 16 Jahren) und nicht älter als 26 Jahre bist.
- Jugendliche aus allen Kulturen sind willkommen.

Das brauchen wir von dir

- ein ausführliches Bewerbungsschreiben mit Aussagen zur Motivation und drei Einsatzstellenwünschen
- Lebenslauf und Passbild
- Kopie des letzten Zeugnisses
- Bitte keine Bewerbungsmappen und Klarsichthüllen!

Alle Infos zum FÖJ und zu den Einsatzstellen unter www.stiftung-naturschutz.de/foej



FÖJ –
„...weil mir gutes und gesundes Essen wichtig ist.“

Marie
Biolaeden Ölweide

Das wird dir geboten

- Das FÖJ startet am 1. September und dauert ein Jahr.
- Die wöchentliche Dienstzeit beträgt 38,5 Stunden.
- Dir stehen 26 Tage Urlaub zu.
- Die Stiftung Naturschutz Berlin zahlt ein monatliches Taschengeld und alle Sozialversicherungsbeiträge.
- Du wirst von erfahrenen Fachleuten begleitet.

Seminarfahrten

- fünf Wochenseminare zu Themen aus dem Umweltbereich
- aktive Mitgestaltung durch die FÖJ-Freiwilligen
- Erwerb von Kenntnissen aus dem Natur- und Umweltschutz
- Exkursionen und praktische Arbeiten
- Austausch und gemeinsame Aktionen mit anderen Freiwilligen

Die Kosten für die Fahrten trägt die Stiftung Naturschutz Berlin.

FÖJ –
„...weil ich weiß, dass erneuerbare Energien die Zukunft sind.“

Bartlomej
Phönix-SonnenWärme AG



Die Träger



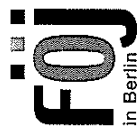
Vereinigung Junger Freiwilliger e.V.
Hans-Otto-Straße 7
10407 Berlin-Prenzlauer Berg
Telefon: 030 - 42 85 06 03
Telefax: 030 - 42 85 06 04
E-Mail: foef@vjf.de
Internet: www.vjf.de
Ansprechpartner: Andrea Köcher, Karsten Wäsch
und Monique Weigelt



Jugendwerk Aufbau Ost e.V.
An der Wuhlheide 173
12459 Berlin-Köpenick
Telefon: 030 - 53 53 97 7
Telefax: 030 - 53 01 18 59
E-Mail: foef@jao-berlin.de
Internet: www.foef-jao.de
Ansprechpartner: Ulrich Zeidler, Norbert Schuldt
und Claudia Saack



Stiftung Naturschutz Berlin
Potsdamer Straße 68
10785 Berlin-Tiergarten
Telefon: 030 - 26 39 41 40
Telefax: 030 - 26 15 27 7
E-Mail: foef@stiftung-naturschutz.de
Internet: www.stiftung-naturschutz.de
Ansprechpartner: Bernd Kuhmann und
Andrea von Haaren-Kiso sowie
Arne Mensching (Zwildienst)



Info-Telefon: 030 - 90 25-24 04
www.berlin.de/foefj

Impressum

Herausgeber:
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Umwelt und Verbraucherschutz
Brückenstraße 6
10179 Berlin

Fachliche
Bearbeitung:
Gestaltung:
ines Rothe, Referat III A
Mattheis Werbeagentur GmbH,
www.mattheis-berlin.de
Druckerei Conrad GmbH



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Dieses Vorhaben wird gefördert durch:
den Europäischen Sozialfonds,
das Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) und das Land Berlin.

Das Freiwillige Ökologische Jahr



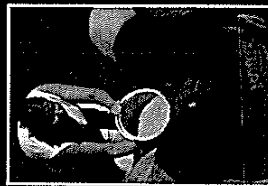
Natur, Technik, Engagement, Perspektive





Was ist das FÖJ?

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit, sich ein Jahr lang aktiv im Umweltschutz zu engagieren. Durch die vorwiegend praktische Tätigkeit werden umfangreiche ökologische Kenntnisse erworben, die in begleitenden Seminaren vertieft werden.



Die geregelte Arbeitszeit beträgt 38,5 Wochenstunden. Junge Menschen zwischen Schule und Ausbildung können sich eingehend beruflich erproben und orientieren.

Das FÖJ ist eine tolle Chance, mit pädagogischer Begleitung durch den jeweiligen Träger und fachlicher Anleitung in der Einsatzstelle eigene Fähigkeiten und Neigungen zu entdecken und sich persönlich weiter zu entwickeln.



Wie lange dauert das FÖJ?

Das Freiwillige Ökologische Jahr umfasst im Allgemeinen 12 Monate, mindestens jedoch sechs Monate.



Wann beginnt das FÖJ?

Da sich das FÖJ an das Schul- bzw. Ausbildungsjahr anlehnt, beginnt es in Berlin jeweils am 1. September.

Welche Tätigkeitsfelder stehen zur Auswahl?

Das Angebot an Einsatzstellen variiert zwischen den einzelnen Trägern, nähere Informationen sind auf den jeweiligen Internetseiten der Träger zu finden. Grundsätzlich können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für einen der folgenden Bereiche entscheiden:

- Tier-, Pflanzen- und Landschaftspflege
- Umweltpädagogik
- Öffentlichkeitsarbeit
- Recherche (z.B. Erfassen von Umweltproblemen)
- Analyse (z.B. Arbeit mit dem Mikroskop)
- Technischer Umweltschutz

Wie sehen die Seminare aus?

Während des Freiwilligen Ökologischen Jahres finden im Regelfall fünf einwöchige Seminare statt. Als Ergänzung zur täglichen Arbeit in den Einsatzstellen werden hier ökologische Kenntnisse in Theorie und Praxis vertiefend behandelt, Erfahrungen ausgetauscht und aktuelle Problemstellungen erörtert. Aber auch Rollenspiele, kulturelle Angebote und Exkursionen stehen auf dem Programm. Schließlich sollen die Seminare neben der fachlichen Vermittlung auch Spaß machen und zur Förderung von Teamgeist und persönlicher Entwicklung der Teilnehmenden beitragen. Die Freiwilligen wirken an der inhaltlichen Gestaltung und Durchführung der Seminare mit. Meist werden sie in Einrichtungen außerhalb Berlins durchgeführt. Die Seminarteilnahme gilt als Arbeitszeit und ist verpflichtend. Die Unterrichtsdauer orientiert sich an der Wochenarbeitszeit.

Welche sozialen Leistungen bietet das FÖJ?

- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten vom jeweiligen Träger ein monatliches Taschengeld und einen Zuschuss zum Lebensunterhalt von derzeit 355 EUR.
- Die Sozialversicherungsbeiträge (Kranken-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung) werden von den Trägern gezahlt.
- Der Jahresurlaub beträgt 26 Tage.
- Kindergeld wird nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.
- kostenlose Teilnahme an den Seminaren
- Befreiung durch die Einsatzstelle und den Träger



Wer kann daran teilnehmen?

Das FÖJ steht grundsätzlich allen offen, die zu Beginn der Maßnahme die gesetzliche Schulpflicht erfüllt haben und nicht älter als 26 Jahre sind. Besondere Schulabschlüsse und Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Ein ausgeprägtes Interesse an ökologischen Themen und Zusammenhängen wird jedoch vorausgesetzt. Darüber hinaus werden Motivation und Bereitschaft, in einer FÖJ-Einsatzstelle ganztätig engagiert tätig zu sein, sowie die Teilnahme an den Seminarwochen erwartet. Jugendliche unter 18 Jahren benötigen eine schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten.



Anerkante Kriegsdienstverweigerer können sich nach dem Zivildienstgesetz unter bestimmten Bedingungen für einen Freiwilligendienst verpflichten. Auskünfte erteilen die Träger.

Wie bewerte ich mich?

Für die Durchführung des FÖJ sind die vom Land Berlin anerkannten Träger verantwortlich. Die Bewerbungen sind möglichst im ersten Quartal des Jahres direkt bei einem der umseitig genannten Träger einzureichen. Zu den Bewerbungsunterlagen gehören:

- ein labellarischer Lebenslauf
- die Kopie des letzten Schulzeugnisses
- ein Passbild
- ein Bewerbungsschreiben, aus dem die Motivation für die Teilnahme am FÖJ klar hervorgeht



(二) 英國部分

AGENDA FOR THE MEETING BETWEEN THE SENIOR SPECIALIST – DEPARTMENT OF COMPREHENSIVE PLANNING - MR CHARLES YUNG CHEICH YU (CV ATTACHED) AND DEFRA/DEPARTMENT FOR LOCAL COMMUNITIES OFFICIALS ON THE 16TH OF NOV 9-10.30 IN DEFRA NOBEL HOUSE RM TBC

Attendees

- 1. Phil Callaghan - DEFRA**
- 2. Neil Fourie - DEFRA**
- 3. Roland Moore - DEFRA**
- 4. Roger Smithson- DCLG**

1. Which UK Government bureau are responsible for environmental issues (at the central and local governments). Key UK environmental policies for this year and for the next five years?
2. To learn about Greater London Sustainable Development Strategy
 - (1) how key issues were identified and set up?
 - (2) planning process?
 - (3) implementation and evaluation?
 - (4) mechanisms for dealing with disputes?
3. Understand UK Environment Impact Assessment system (especially for major development plans)
4. Understand how the UK Government engage with environmental NGOs.
5. Understand how the UK Government promote environmental education (planning and implementation)
6. Understand how the UK Government promote biodiversity and conservation (planning and implementation)
7. Basically a general overview of how the UK's EIA system operates, with practical examples such as large infrastructure projects. The Taiwanese system currently involves a review board which includes experts and academics who make the assessment, this has led to substantial delays on larger projects where a consensus cannot be reached. For example the construction of a large petro-chemical plant which would contribute substantially to the Taiwanese economy has been under review for the last two years as the EIA board cannot agree on an outcome. It would be useful to explain who is involved in the UK system and what the decision making process is, particularly in relation to contentious projects. Also, how local concerns are taken into account and what impact local protests have on the decision making process. How this links to existing UK legislation is also relevant.



A Practical Guide to the Strategic Environmental Assessment Directive

Practical guidance on applying European
Directive 2001/42/EC “on the assessment of
the effects of certain plans and programmes
on the environment”

September 2005

Scottish Executive
Welsh Assembly Government
Department of the Environment, Northern Ireland

Office of the Deputy Prime Minister: London

Protecting our natural resources and enhancing the environment - Indicators

This pie chart and the table below give a summary of assessments for the indicators covering the theme of *natural resources*.

Clicking on the indicator name leads to a page with a chart/charts, assessments of progress and commentary. A smaller thumbnail chart links to a larger version in those cases where longer term trend information is available.

| Indicator | | Change since: | |
|---|---|-------------------|-------------------|
| | | 1990 | 2003 |
| 17. Water stress: | | ☹ | ☹ |
| 20. Bird Populations: | Farmland | ☹ | ☹ |
| | Woodland | ☺ | ☑ |
| | Seabirds | ☺ | ☺ |
| | Wintering wetland | ☑ | ☺ |
| 21. Biodiversity conservation: | Priority species | ☑ | ☹ |
| | Priority habitat | ☺ | ☹ |
| 22. Agriculture sector: | Fertiliser use, NH₃, CH₄ | ☑ | ☑ |
| 23. Farming and environmental stewardship: | | ☑ ₁₉₉₂ | ☑ |
| 24. Land use: (contextual) | | <i>contextual</i> | <i>contextual</i> |
| 25. Land recycling: | | ☑ | ☑ |
| 26. Dwelling density: | | ☑ | ☑ |
| 27. Fish stocks: | | ☑ | ☑ |
| 28. Ecological | Acidity | ☹ | ☺ |

| | | | |
|--|--|-------------------|-------------------|
| impacts of air pollution: | Nitrogen | ☹ | ☹ |
| 29. Emissions of air pollutants: | NH₃, NO_x, SO₂, PM₁₀ | ☑ | ☑ |
| 30. River quality | Biological | ☑ | ☹ |
| | Chemical | ☑ | ☑ |
| 31. Flooding | | ☹ | ☹ |
| 32. Economic output (contextual) | | ☑ | ☑ |
| 36. Households and dwellings (contextual) | | <i>contextual</i> | <i>contextual</i> |
| 60. Environmental equality | | ☹ | ☹ |

Top

Updated: 30 July 2010

Sustainable consumption and production - indicators

This pie chart, and the table below give a summary of assessments for the indicators covering the theme of *sustainable consumption and production*.

Clicking on the indicator name leads to a page with a chart/charts, assessments of progress and commentary. A smaller thumbnail chart links to a larger version in those cases where longer term trend information is available.

| Indicator | | Change since: | |
|--|---|---------------|------|
| | | 1990 | 2003 |
| 1. Greenhouse gas emissions:* | Greenhouse gas emissions | ✓ | ✓ |
| | CO ₂ emissions | ✓ | ✓ |
| 2. Carbon dioxide emissions by end user: | Business | ✓ | ✓ |
| | Residential | ✓ | ✓ |
| | Transport | ⊗ | ≈ |
| 3. Aviation and shipping emissions: | Aviation bunkers | ⊗ | ⊗ |
| | Shipping bunkers | ⊗ | ⊗ |
| 6. Household energy use: | | ✓ | ✓ |
| 7. Road transport: | CO ₂ emissions | ⊗ | ≈ |
| | NO _x , PM ₁₀ emissions | ✓ | ✓ |
| 8. Private cars: | | ⊗ | ✓ |
| 9. Road freight: | | ≈ | ⊗ |
| 10. Manufacturing sector: | CO ₂ , NO _x SO ₂ | ✓ | ✓ |
| | PM ₁₀ emissions | | |

| | | | |
|---|---|-------------------|------------|
| 11. Service sector: | CO ₂ emissions | ⊗ | ⊗ |
| | NO _x emissions | ✓ | ✓ |
| 12. Public sector: | CO ₂ emissions | ✓ | ≈ |
| | NO _x emissions | ✓ | ✓ |
| 13. Resource use:* | | ✓ | ✓ |
| 15. Water resource use: | Abstractions | ✓ | ✓ |
| | Leakage losses | ✓ ₁₉₉₂ | ✓ |
| 16. Domestic water consumption: | | ≈ ₁₉₉₅ | ✓ |
| 18. Waste:* | | ⋯ | ✓ |
| 19: Household waste per person: | Waste arisings | ⊗ | ✓ |
| | Recycled or composted | ✓ | ✓ |
| 22. Agriculture sector: | Fertiliser use, NH ₃ , CH ₄ emissions | ✓ | ✓ |
| | Farmland bird population | ⊗ | ⊗ |
| 25. Land recycling | | ✓ | ✓ |
| 27. Fish stocks | | ✓ | ✓ |
| 29. Emissions of air pollutants | CO ₂ , NH ₃ , SO ₂ | ✓ | ✓ |
| | PM ₁₀ emissions | | |
| 30. River quality | Biological | ✓ | ≈ |
| | Chemical | ✓ | ✓ |
| 32. Economic output (contextual) | | ✓ | ✓ |
| 33. Productivity (contextual) | | ✓ | ✓ |
| 34. Investment (contextual) | Total investment | ≈ | ⊗ |
| | Social investment | ⋯ | ⋯ |
| 35. Demography (contextual) | | Contextual | Contextual |
| 36. Households and dwellings (contextual) | | Contextual | Contextual |

Key Indicators

The twenty key indicators in the table below are selected to provide an overview of some of the important goals for sustainable development.

| Indicator | | Change since | | Direction in latest year |
|---|----------------------|-------------------|------|--------------------------|
| | | 1990 | 2003 | |
| 1. Greenhouse gas emissions: | | ✓ | ✓ | ✓ |
| 13. Resource use: | | ✓ | ✓ | ✓ |
| 18. Waste: | | ⊙ | ✓ | ✓ |
| 20. Bird populations: | Farmland | ⊗ | ⊗ | ✓ |
| | Woodland | ≈ | ✓ | ✓ |
| | Seabird | ✓ | ✓ | ≈ |
| 27. Fish stocks: | | ✓ | ✓ | ✓ |
| 28. Ecological impacts of air pollution: | Acidity | ⊙ | ≈ | ... |
| | Nitrogen | ⊙ | ≈ | ... |
| 30. River quality: | Biological | ✓ | ≈ | ≈ |
| | Chemical | ✓ | ✓ | ✓ |
| 32. Economic growth: | | ✓ | ✓ | ✗ |
| 37. Active community participation: | | ⊙ | ⊗ | ✗ |
| 38. Crime: | Vehicle | ✓ ₁₉₉₁ | ✓ | ✓ |
| | Burglary | ✓ ₁₉₉₁ | ✓ | ✓ |
| | Violent crime | ✓ ₁₉₉₁ | ✓ | ✓ |
| 40. Employment: | | ≈ | ≈ | ✗ |

| | | | | |
|------------------------------------|----------------------------|--|--|----------|
| 41. Workless households: | | | | X |
| 43. Childhood poverty: | Before housing cost | | | |
| | After housing cost | | | |
| 45. Pensioner poverty: | Before housing cost | | | |
| | After housing cost | | | |
| 47. Education: | | | | |
| 49. Health inequality: | Infant mortality | | | |
| | Life expectancy | | | X |
| 55. Mobility: | Walking/cycling | | | |
| | Public transport | | | |
| 59. Social justice: | | | | |
| 60. Environmental equality: | | | | |
| 68. Wellbeing: | | | | |

Top

Updated: 30 July 2010

Climate change and energy - indicators

This pie chart and the table below give a summary of assessments for the indicators covering the theme of *climate change and energy*. A number of climate change related indicators are in the sustainable consumption and production section.

Clicking on the indicator name leads to a page with a chart/charts, assessments of progress and commentary. A smaller thumbnail chart links to a larger version in those cases where longer term trend information is available.

| Indicator | | Change since: | |
|--|---------------------------|---------------|------|
| | | 1990 | 2003 |
| 1. Greenhouse gas emissions:* | Greenhouse gas emissions | ✓ | ✓ |
| | CO ₂ emissions | ✓ | ✓ |
| 2. Carbon dioxide emissions by end user: | Business | ✓ | ✓ |
| | Residential | ✓ | ✓ |
| | Transport | ✗ | ≈ |
| 3. Aviation and shipping emissions: | Aviation bunkers | ✗ | ✗ |
| | Shipping bunkers | ✗ | ✗ |
| 4. Renewable energy: | | ✓ | ✓ |
| 5. Electricity generation: | Electricity used | ✗ | ✓ |
| | Fossil fuels used | ✗ | ✓ |
| | CO ₂ emissions | ✓ | ✗ |
| | NO _x emissions | ✓ | ✓ |
| | SO ₂ emissions | ✓ | ✓ |
| 6. Household energy use: | | ✓ | ✓ |

| | | | |
|---|---------------------------------|---|---|
| 7. Road transport: | CO₂ emissions | ⊗ | ≈ |
| 8. Private cars: | | ⊗ | ✓ |
| 9. Road freight: | | ≈ | ⊗ |
| 10. Manufacturing sector: | CO₂ emissions | ✓ | ✓ |
| 11. Service sector: | CO₂ emissions | ⊗ | ⊗ |
| 12. Public sector: | CO₂ emissions | ✓ | ≈ |
| 14. Energy supply: | | ⊗ | ⊗ |
| 22. Agriculture sector: | CH₄ emissions | ✓ | ✓ |
| 32. Economic output (contextual) | | ✓ | ✓ |






















Top

Updated: 30 July 2010

Creating sustainable communities and a fairer world indicators

This pie chart and the table below give a summary of assessments for the indicators covering the theme of *sustainable communities*.

Clicking on the indicator name leads to a page with a chart/charts, assessments of progress and commentary. A smaller thumbnail chart links to a larger version in those cases where longer term trend information is available.

| Indicator | Change since: | |
|---|--|---|
| | 1990 | 2003 |
| Society | | |
| 37. Active community participation:* |  |  |
| 38. Crime:* | Vehicles |  1991 |
| | Burglary |  1991 |
| | Violent |  1991 |
| 39. Fear of crime: | Burglary |  1992 |
| | Physical attack and car crime |  |
| Employment and poverty | | |
| 40. Employment:* |  |  |
| 41. Workless households:* |  |  |
| 42. Economically inactive: |  |  |
| 43. Childhood poverty:* | Before housing cost |  |
| | After housing cost |  |
| 44. Young adults: |  1991 |  |
| 45. Pensioner poverty:* | Before housing cost |  |
| | After housing cost |  |
| 46. Pension provision: |  1992 |  |

| | | | |
|---|---|--|--|
| Education | | | |
| 47. Education:* | | | |
| 48. Sustainable development education: | | | |
| Health | | | |
| 49. Health inequality:* | Infant mortality | | |
| | Life expectancy | | |
| 50. Healthy life expectancy: | | | |
| 51. Mortality rates: | | | |
| 52. Smoking: | | | |
| 53. Childhood obesity: | | | |
| 54. Diet: | Low income group - Men | | |
| | Low income group - Women | | |
| Mobility and access | | | |
| 55. Mobility:* | Walking/cycling | | |
| | Public transport | | |
| 56. Getting to school: | | | |
| 57. Accessibility: | | | |
| 58. Road accidents: | | | |
| Housing | | | |
| 25. Land recycling: | | | |
| 26. Dwelling density: | | | |
| 62. Housing conditions: Homes below standard | Social sector | | |
| | Vulnerable households in the private sector. | | |
| 63. Households living in fuel poverty: | | | |

| | | | |
|--|--|-------------------|-------------------|
| 64. Homelessness: | Rough sleepers | ✓ ₁₉₉₃ | ✓ |
| | Homeless households | ✓ ₁₉₉₂ | ✓ |
| Social justice and environmental equality | | | |
| 59. Social Justice | | ⊕ | ⊕ |
| 60. Environmental equality | | ⊕ | ⊕ |
| 61. Air quality and health: | PM ₁₀ concentrations - urban | ✓ ₁₉₉₃ | ✓ |
| | PM ₁₀ concentrations - roadside | ⊕ | ✓ |
| | Urban ozone concentrations | ⊕ | ✓ |
| | Rural ozone concentrations | ⊕ | ✓ |
| 65. Local environment quality: | | ⊕ | ✓ |
| 66. Satisfaction in local area: | Overall households satisfied | ⊕ | ⊕ |
| | Neighbourhood Renewal Fund areas satisfied | ⊕ | ⊕ |
| 67. UK international assistance | | ✓ | ✓ |
| 68. Wellbeing* | | ⊕ | ⊕ |
| Contextual | | | |
| 32. Economic output | | ✓ | ✓ |
| 33. Productivity | | ✓ | ✓ |
| 34. Investment | Total investment | ⊕ | ⊗ |
| | Social investment | ⊕ | ⊕ |
| 35. Demography | | <i>contextual</i> | <i>contextual</i> |
| 36. Households and dwellings | | <i>contextual</i> | <i>contextual</i> |

Top

Updated: 30 July 2010

STRATEGIC ENVIRONMENTAL ASSESSMENT AND SUSTAINABILITY APPRAISAL

Presentation for delegation from
Government of Vietnam
London, June 2010

Roger Smithson
Department for Communities and Local Government
Environmental Assessment Team

roger.smithson@communities.gsi.gov.uk

The basis of SEA and most sustainability appraisal in the UK:

- **Directive 2001/42/EC of the European Parliament and of the Council of 27 June 2001 “on the assessment of the effects of certain plans and programmes on the environment”**
- **Objectives of the SEA Directive:**
 - to provide for a high level of **protection of the environment**
 - to contribute to the **integration of environmental considerations** into the preparation and adoption of plans and programmes
 - ... with a view to **promoting sustainable development**
- Applies mainly to plans which **set frameworks for projects which are subject to EIA**

SEA is a process of gathering and analysing information to help people prepare plans (strategic proposals) and make decisions.

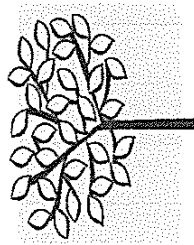
Do SEA while preparing your plan, and use it to improve the plan

Main stages of SEA in the EU Directive:

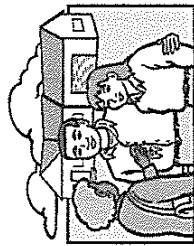
- 1. Prepare Environmental Report** on the main effects of the “draft” (proposed) plan or programme”, with inputs from environmental authorities / agencies
- 2. Consult the public** on the draft plan/programme and the Environmental Report together
- 3. Take findings into account** in deciding final form of plan / programme, and show how this was done
- 4. Monitor the effects of the plan/programme** during implementation

Effects to be covered in SEA

... listed in Directive Annex I(f)



**Biodiversity /
Flora / Fauna**



Population



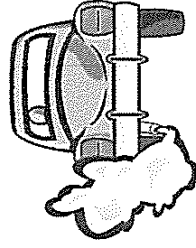
**Human
health**



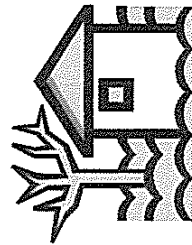
Soil



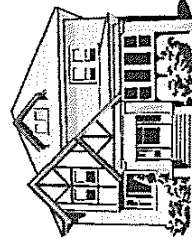
Water



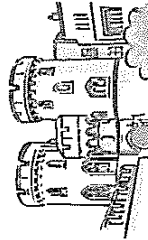
Air



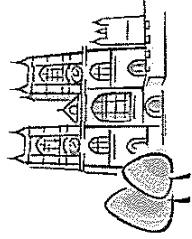
**Climatic
factors**



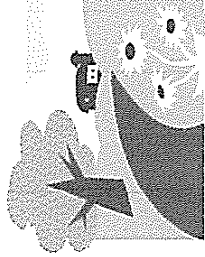
**Material
assets**



**Cultural
heritage**



**Architectural
heritage**



Landscape

**And the inter-
relationships
between them**

Adapts SEA to existing UK thinking on sustainability:

- ✓ **Process based on SEA Directive - same stages etc.**
- ✓ **Looks at social and economic effects as well as environmental ones**
(though SEA Directive already defines “environment” widely)
 - ... so this could cover: demography, household numbers and sizes, economic structure, employment, inequalities, crime, social tension, “well-being”
- ✓ **Environmental Report is part of Sustainability Appraisal Report**
- ✓ **Promotes sustainable development** by integrating sustainability considerations and objectives into preparation and adoption of plans
- ? **But ... does SA weaken the environmental focus of SEA?**

Sustainability appraisal makes you think about ...

- ? What do you need to **protect** or **develop**?
- ? What are the **biggest problems** or **threats**?
- ? What are the **relationships** between the **environment** and **economic growth** and **prosperity**?
- ? What are the main **environmental limits**?
- ? **What does sustainability mean for you?**

SEBI 2010 . . . AND BEYOND

BIODIVERSITY INDICATORS FOR EUROPE —
WHERE DOES EUROPE'S BIODIVERSITY STAND?

SEBI 2010

Two forthcoming European Environment Agency (EEA) reports set out what the SEBI 2010 indicators tell us about Europe's ecosystems and what we have learned from working with the indicators since 2007.



European Environment Agency



What is SEBI 2010?

The SEBI 2010 (Streamlining European 2010 Biodiversity Indicators) process was launched in 2005 to provide a streamlined set of biodiversity indicators for Europe, ensuring consistency between national and international biodiversity indicator sets. Beyond 2010, SEBI will continue to help monitor progress towards the new European biodiversity targets.

SEBI relies on the contribution of more than 120 experts from across Europe, as well as input from intergovernmental organisations and non-governmental organisations. Its institutional partners are the European Environment Agency (and its European Topic Centre on Biological Diversity), the European Centre for Nature Conservation, the United Nations Environment Programme's World Conservation Monitoring Centre, the European Commission, the Joint Secretariat of the Pan-European Biological and Landscape Diversity Strategy (PEBLDS), and the Czech Republic (as lead country for the Kiev Resolution on Biodiversity's Action Plan on Monitoring and Indicators). The SEBI process covers 53 countries across Europe.

What next?

The SEBI assessment report 2009 concluded that the 2010 target to halt biodiversity loss in Europe would not be met. A new vision and target for biodiversity are being discussed at European and global levels. Two forthcoming EEA reports will contribute to these discussions and help monitor progress beyond 2010.

SEBI assessment report 2010

Biodiversity conservation policy is robust in the EU and in Europe more broadly. Clearly, however, other policy sectors need to be engaged if biodiversity loss is to be halted. For that reason, the SEBI report will shift to a broader perspective, moving beyond focal areas and headline indicators to address Europe's ecosystems and their management.

The assessment report will be available by CBD COP10 (October 2010), in hard copy and electronically (www.eea.europa.eu/publications/sebi-assessment-report-2010).

A new methodological report

Policymakers at the EU and pan-European levels have used the SEBI 2010 indicator set, for example in assessing progress in implementing the European Commission's Biodiversity Action Plan. Likewise, national indicator sets have used or expanded the SEBI framework.

The new methodological report will take stock of the SEBI 2010 set three years after its adoption. It will evaluate which indicators have been particularly useful, which ones can be improved, and which gaps need filling in order to assess progress to a new set of targets.

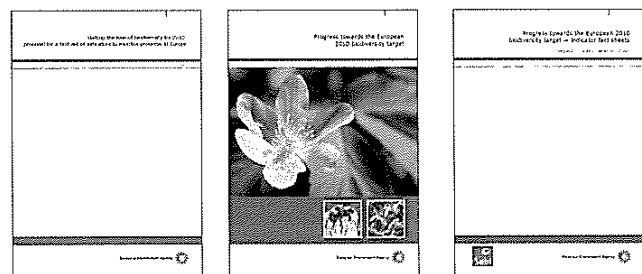
The methodological report will be available early in 2011 to contribute to the development of a post-2010 European monitoring and indicator framework.

SEBI reports published before 2010

SEBI 2010 technical report documenting the indicators:
http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2007_11/en.

SEBI 2010 assessment report — Progress towards the European 2010 biodiversity target:
www.eea.europa.eu/publications/progress-towards-the-european-2010-biodiversity-target.

SEBI 2010 assessment report — Indicator fact sheets:
www.eea.europa.eu/publications/progress-towards-the-european-2010-biodiversity-target-indicator-fact-sheets/.



Comments or questions: sebi2010@eea.europa.eu.

European Environment Agency
Kongens Nytorv 6
1050 Copenhagen K
Denmark

Tel.: +45 33 36 71 00
Fax: +45 33 36 71 99

Web: eea.europa.eu
Enquiries: eea.europa.eu/enquiries

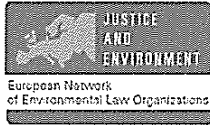


European Environment Agency





GREENPEACE



Friends of the Earth Europe, Greenpeace, Justice and Environment and European Environmental Bureau position paper regarding the Review of the Environmental Impact Assessment (EIA) Directive¹

Based on legal expertise provided by the Environmental Law Service, Czech Republic

Introduction

We welcome efforts by the European Commission to review the functioning of the Environmental Impact Assessment (EIA) Directive and to identify areas which need improvement. We also appreciate that the Commission has facilitated public consultations through web-based questionnaires.

However, the questionnaire provided does not allow respondents to express opinions on all the important aspects of the Directive, and specifically on its functioning in practice. It also does not allow respondents to provide examples to support their arguments, nor does it provide space for additional comments.

For these reasons we are submitting this paper to highlight what we consider to be the most pressing and important areas for improvement in the EIA Directive, and in standards of environmental assessment and decision-making in general. The document includes short examples illustrating our main points.

General evaluation of the EIA Directive

Despite important problems and deficits concerning the current content of the Directive and namely of its implementation in practice (which are detailed below), the institutes and requirements established by the Directive can be considered as some of the most efficient horizontal measures of environmental protection in existence in Europe. The EIA procedure is in keeping with the polluter pays principle and aims to reduce pressure on the environment. This leads ultimately to social and economic costs for society being reduced.

¹ This material reflects common experiences of our member organisations and is based on previously published NGO materials, among which the publications of Justice and Environment network (<http://www.justiceandenvironment.org/publications/>) should be explicitly mentioned.

We believe that the basic aims and ambitions of the Directive should be:

- no permit should be issued for any project likely to have significant environmental impacts without prior objective assessment of the project impacts on the environment and human health;
- all possible alternatives to projects with significant environmental impacts must be considered and evaluated, including 'zero'-alternative (no project at all), taking into account economic and social criteria, Best Available Technologies and Best Practice;
- selected and approved projects should be the least harmful alternative and must not represent unbearable burden for the affected territory;
- public participation in both the assessment and decision-making phases must be ensured, so that the public can effectively influence the project when all options are still open.

The Directive in its current form contributes to some extent to meeting these aims and any changes to the Directive text should enhance their achievement.

The most important specific issues (problem areas)

A review of the Directive should ensure the achievement of the following most important specific aims:

- all Annex III criteria must be considered in the screening procedures;
- national thresholds for Annex II projects must be set in a clear and transparent manner;
- the public should have the right to participate in the screening and scoping procedures;
- screening and scoping decisions should be subject to direct and timely judicial review;
- whole projects must be subject to EIA (not part projects, known as "salami-slicing");
- all potential impacts of the projects (including indirect and cumulative) must be considered;
- all relevant alternatives must be studied and the ultimate choice justified;
- the quality of assessment must be verified and confirmed by an independent body;
- the outcomes of the assessment must be directly used and dealt with in the development consent procedure and must be subject to a direct and timely judicial review.

The above mentioned requirements are specified in the following sections concerning individual stages of EIA procedure and/or problematic aspects of the implementation of the current version of the Directive.

a) Screening and scoping

The questionnaire asks if screening and current screening methods ensure that only projects likely to have significant environmental effects are subject to an EIA. In general, we are convinced this is the case. The questionnaire fails however to ask an opposite question – if, and under which conditions, screening ensures that all projects likely to have significant environmental effects are subject to EIA, as the Directive requires. The answer to such a question would be "not always". This is caused, for example, by the fact that in relation to categorical screening, the laws transposing the EIA Directive do not always make clear that all the Annex III criteria must be taken into account.

Some EU Member States do not allow for public participation in the screening/scoping stage. Others do but, contrary to the presumption of access to justice in the Aarhus Convention Article 9, the screening/scoping decision is not subject to a direct judicial review. In both cases, there is a risk that projects with significant impacts on the environment will not be assessed, or that EIAs will not deal with all the important aspects. The exclusion of the public appears to be not in line with Article 10a of the EIA Directive and with the case law of the European Court of Justice (e.g. case C-435/97, WWF and others, ECJ C-213/03; Delena Wells; ECJ C-75/08, Christopher Mellor). Access to justice against

EIA-screening decisions can also be derived from Article 9 paragraph 3 of the Aarhus Convention that provides for access to review procedures against “acts and omissions” that contravene environmental law. Furthermore, screening decisions and setting up Annex II thresholds are “decisions, acts and omissions” falling under Article 6 paragraph 1 b) and are therefore subject to Article 9 paragraph 2 of the Aarhus Convention.

Holešov industrial estate – the Czech Republic

This industrial estate is the largest prepared as a “greenfield” project in the Czech Republic (the total area of the estate is approximately 360 ha). There is a drinking water spring near the border of the zone, which is at serious risk of contamination by industrial activity nearby. A further serious impact of the project is the absorption of large amounts of agricultural land. Despite all these facts, the competent authority decided that the estate shall not be assessed in an EIA procedure. A lawsuit against this “screening decision” was dismissed by the court.

Necessary changes:

The Directive should explicitly express the right of the public to participate in the screening and scoping procedures and enable the public to legally challenge the screening decision.

b) Necessity to assess the entirety of the project and all its impacts

Investors often ask for assessment of and, subsequently, for permits for parts of the projects only (namely with regard to traffic infrastructure projects or energy projects). With this approach, known as “salami-slicing”, the less environmentally questionable parts of projects are authorized and built first, making continued development of the project a virtual *fait accompli*, even if, for instance in traffic infrastructure projects, the latter sections traverse environmentally valuable territory, or in the case of large scale energy projects, large amounts of waste are produced with its management submitted to a separate EIA. This is contrary to Article 2.1 of the EIA Directive which requires that “projects” likely to have significant effect on the environment are subject to the assessment.

According to Articles 3, 5.1 and 5.3 of the EIA Directive the developers shall supply the necessary information to assess all important direct and indirect impacts of a project. This duty is often not fulfilled, partly due to the projects being incorrectly defined (see above). The indirect effects of projects and the risks of their accumulation with other projects (planned or already existing) are not being taken into account. For example, when the impacts of new transport projects are assessed, it is not taken into consideration that the implementation of these projects would (directly or indirectly, by means of increased traffic) further increase the environmental burden on the area.

A5 motorway - Austria

The motorway was “sliced” into six different parts and therefore six separate EIA proceedings were held (the A5 itself being only part of the planned Vienna-Brno highway). Separate assessment of different parts of the whole project did not provide for sufficiently comprehensive evaluation of all direct and indirect impacts of the entire project.

D8 motorway – Czech Republic

This motorway was divided into 7 artificial “projects” for the purpose of EIA and development consent procedures. The most controversial section of the highway, crossing the “České Středohoří” Special Protected Area (SPA), was not assessed in EIA before the developer began construction of another section between Ústí nad Labem city and the edge of the SPA. Meanwhile, development consent for another section was issued which led the highway to the borders of the SPA from the other side.

Necessary changes:

The Directive should explicitly prohibit artificial dividing of the projects for the purpose of EIA and development consent procedures into small parts ("salami-slicing"). It should also emphasize that both direct and indirect (cumulative) impacts should be assessed with regard to the project as a whole.

c) Assessment of the project alternatives

The EIA Directive (Article 5.3) requires the developer to provide an outline of the main alternatives to the project and the reasons for choosing the preferred option, taking into account the environmental impacts. The phrasing of the Directive however, makes it possible for investors to argue that alternatives must be presented and assessed only when the developer decided to "study" them. In many cases the responsible authorities accept this approach, despite the argumentation of the public and project opponents that more environmentally favourable alternatives should be considered. This interpretation is not in compliance with the basic goals of the Directive (see above), with Article 5 and Annex II of the Espoo Convention or with the special requirements of other EU environmental norms (see namely Article 6.4 of the Habitat Directive). The project promoter should be required to investigate all reasonable alternatives, and after public participation, to include those reasonable alternatives in the assessment (on the basis of Aarhus Convention Article 6(8) which prescribes that public participation should be taken into due account). The question of what constitutes a "reasonable alternative" should be open to juridical review at the request of the public on the basis of Aarhus Convention Article 9. It is to be expected that an explicit duty to (re-)assess alternatives brought forward by the public during the public participation procedure would motivate developers to be more inclusive in their choice of alternatives beforehand in order not to lose time.

Augustów city bypass road - Poland

In Poland, the law clearly requires that an environmental report includes a description of the alternatives studied by the developer, including a "zero" alternative and a "most environmentally friendly" alternative. There is also a clear requirement to indicate the reasons for the choice made. Despite this, in the case of the bypass road around Augustów city, crossing the Rospuda Valley, all alternatives proposed by the developer and considered by the authorities planned to cross the Rospuda Special Protected Area and were therefore almost equally contrary to site-conservation objectives.

Necessary changes:

The Directive should require developers to present all relevant alternatives to the project and to compare their environmental, economic and social impacts. The Directive should also require that the least harmful alternative is chosen and permitted, including the zero-alternative (no project at all) or, if otherwise, a clear justification is given, that is potentially subject to judicial review.

d) Overall quality of the assessment (environmental reports)

The Directive does not include provisions to ensure quality control of the information provided by the developer (EIA report). Some countries have developed such instruments (e.g. the system of "expert opinions" in the Czech Republic or Slovakia) but the independence and objectivity of such evaluation is not always ensured.

Mochovce blocks 3,4 in Slovakia

The expert audit of the EIA report and public participation in the Mochovce 3,4 EIA in Slovakia was carried out by consultancy firm DECOM, a 100% daughter company of the engineering firm VUJE, which has a key role in the construction of the power plant. This clear conflict of interest is now pending court review.

Necessary changes:

A requirement to establish independent systems of quality control of the information provided by the developer should be included into the Directive. It should be emphasized that the persons authorized to carry out such control must not be financially and/or functionally dependent on the developer.

e) Public participation

The process of EIA falls under article 6 of the Aarhus Convention as a form of public participation during the preparation of a project. The Aarhus Convention recognises that public participation in decision-making enhances the quality and the implementation of decisions, gives the public the opportunity to express its concerns, and enables public authorities to take due account of such concerns.

The EIA Directive should ensure that the public gets sufficient information about the project and its environmental impacts in an understandable form and that it has sufficient time to study it and to send comments. Concerned members of the public should have the opportunity for timely and effective participation in the decision-making process.

The range of shortcomings with regard to these requirements is quite wide, including the following problems:

- documents provided by developers are often very detailed and the accuracy of data included in them is hard to verify;
- timeframes for the public to check the documents and to send comments are too short;
- some of the public concerned is deprived the right to participate in development-consent procedures for various reasons (such as incorrect delineation of the impact area or separation of the development consent procedures from EIA combined with restrictive provisions regulating participation in these procedures);
- public comments are not seriously taken into account.

A5 motorway – Austria

In the Austrian A5 highway case, "slicing" of the project into six different parts (see above) made public participation much more expensive and time consuming. Documents provided for each "section" were very detailed with no "non technical summaries". Moreover, much of the technical information presented was outdated, and technical experts did not have respective authorizations and used wrong figures and assumptions.

Port of Saaremaa - Estonia

In the Estonian Port of Saaremaa case, the timeframes for presenting comments were only 5 days for commenting the proposed structure for the EIA report, 13 days for the EIA report and 16 days for commenting the supplemented version of EIA report. The Ministry of Environment has approved the EIA report without taking comments from non-government organizations into account.

The Temelín 3,4 nuclear power plant - Czech Republic

After publishing the EIA documentation, which according to the promoter consisted of 25 kg of material (a main report of over 600 pages and annexes), the public had the legally prescribed 30 days to react, and not more. This is under Czech law the standard time for any project and may be adequate for small projects with a limited scope, but clearly not for two nuclear reactors. The period for public participation was furthermore chosen during the public holidays (July and August), so that many members of the public only heard about the publication late or had limited time available to react. The public needs to have time to read the material, analyze it, have the possibility to acquire independent expertise, and to react.

Necessary changes:

The Directive should set minimum timeframes for the public to comment on the materials in the scope of EIA and development consent procedures. It should stipulate that the timeframes used must be proportional to the magnitude and complexity of the project. It should also explicitly require that the public concerned must have the right to participate directly in the development consent procedure (not only comment on the EIA report) and have access to justice on both the EIA and development consent procedures. The directive has to be brought in line with the interpretations of the Aarhus Convention Compliance Committee.

f) Access to judicial review

According to Article 10a of the EIA Directive, and in conformity with the requirements of the Aarhus Convention, concerned publics must have access to a review procedure before a court of law to challenge the substantive or procedural legality of decisions, acts or omissions concerning public participation provisions of the EIA directive. Any such procedure shall be fair, equitable, timely and not prohibitively expensive.

This provision is often not correctly implemented in practice, as the following problems illustrate:

- the screening and scoping decisions are in some Member States not subject to (direct) judicial review; the same applies to the final outcomes of the EIA procedures in the Member States in which EIA is a separate procedure (not integrated in the development consent);
- if EIA is separated from the development consent procedures, it is also common that the scope of subjects who have legal standing to appeal against the final development-consent ("principal decision") is restricted, in comparison to the definition of "public concerned" in Article 1.2 of the EIA Directive;
- in some countries, the scope of arguments which some subjects (neighbours, NGOs) can present in court is restricted;
- the judicial protection is often not efficient and timely, in particular because preliminary measures are not taken (injunctive reliefs not granted to the lawsuits);
- in many jurisdictions, access to justice is prohibitively expensive for affected publics or NGOs.

motorway cases – Czech Republic

In the Czech Republic, lawsuits were submitted against EIA final opinions concerning R52 and R55 high-speed roads, D1 motorway extension, and the Holešov industrial estate screening decision. All these lawsuits were dismissed as "premature".

restrictive legislation and case law – Austria, Czech Republic

According to Austrian legislation, the affected individuals (e.g. landowners) may only ask for a review of infringement upon their ownership rights and rights to protection of health. They cannot object to violation of other provisions of environmental laws. In the Czech Republic, the NGOs can, according to the prevailing case law, only successfully challenge violations of their procedural rights;

objections concerning substantive shortcomings of the development-consents are often not taken into consideration by the court.

Necessary changes:

The Directive should include a provision stating that the review procedures before court shall provide adequate and effective remedies, including injunctive relief (as Article 9/4 of the Aarhus Convention requires). It should be also guaranteed that all important outcomes of the EIA and decision making procedures are subject to review early enough after they are issued.

g) EIAs on transboundary projects

In the countries where EIA is separated from development consent procedure, the Member States concerned and their citizens can participate in the EIA itself, but not always in the subsequent decision-making procedures. Furthermore, translation problems occur in many transboundary procedures. Due to the complexity of EIA-procedures public authorities lack resources to translate the full EIA-documentation, making public participation meaningless.

Next to that, the rights of the public from the neighbouring Member State to participate in EIA and development consent procedures for projects with transboundary impacts should not be fully dependent on action or inaction of the authorities of the affected Member State according to Article 7.2 of the Directive. The Directive's wording derives from the Espoo Convention yet it ignores a central aspect of the Aarhus Convention that gives the right to participation and access to justice also to the public concerned outside a certain country. It is the discretion of the public concerned and not of a state whether to participate in a transboundary procedure or not.

R52 high speed road – Czech Republic

In the screening stage of the EIA procedure for the R52 high speed road in the Czech Republic, the Austrian ministry (referring to the Espoo Convention) indicated that Austria wished to participate in the procedure and Austrian administrative bodies, municipalities, and NGOs sent their comments (although the EIA documentation was provided to the Austrian authorities only in Czech language). Despite this, the EIA was not carried out as a transboundary procedure, and no explanation was provided for this omission.

Necessary changes:

Citizens from the neighbouring Member State should have the right to participate in EIA and development consent procedures for projects with transboundary impacts even if the Member State in question remains inactive and does not initiate consultation. An amendment to the definition of the "public concerned" should be considered with that regard. In line with the polluter pays principle the developer shall be responsible for providing translation of EIA documentation.

Synergies of EIA with other environmental assessments and with development consent procedures

a) EIA and other environmental assessments

Part III of the questionnaire includes questions concerning the possible improvement of the synergy of EIA with other environmental assessment procedures and relevant EU policies and directives. However, for practical reasons, the current review should aim for a better coordination of these individual assessments, but not for their unification. The risk of streamlining impact assessment procedures is that the quality of such assessments may be diminished due to lack of know-how and experience in authorities that do not have expertise in all environment related fields. The EIA

Directive should ensure that the assessments are coordinated on the national level. It should leave the decision up to Member States whether to implement a joint procedure or coordinate separate assessment procedures.

What is most needed is to adjust the requirements of SEA and EIA directives. The logical order of these assessments should be ensured, as should the respect of the results of SEA in subsequent EIA procedures. Repeated assessment (on the same level of details) shall be avoided, whereas at the same time the availability of information from earlier relevant SEA procedures should be ensured in subsequent EIA procedures. An EIA opinion for a specific project should not be carried out prior to an SEA and/or to an approval of a (compulsory) strategic plan (mostly land use plan) that should set the framework for the project. Results of SEA procedures (e.g. refusal of some specific project alternative, or a request to assess alternatives in more details) must not be omitted in consequent EIA and development consent procedures for specific projects. The logical sequence of SEA and EIA procedures should ensure that environmentally less damaging alternatives of the projects are permitted.

Necessary changes:

Assessments of related plans/programs (SEAs) and projects (EIAs) should be coordinated. If a plan or program, which is subject to SEA, represents a compulsory basis for a project, than EIA for such project should not be carried out prior to the SEA. Results of such SEA procedures should be taken into account and respected in EIAs. Repeated assessments at the same level of detail shall be avoided, and the availability of information from earlier relevant SEA procedures should be ensured in subsequent EIA procedures.

b) EIA and development consents

The questionnaire also asks if EIA decision and the development consent should obligatorily take the form of a single decision (in other words, if separate decisions first on EIA and then on development consent should be avoided). With regards to this, the experience of NGOs (some of the cases are mentioned above) shows that the situation when EIA is a separate procedure concluded not by a binding decision but by a non-binding "opinion" is the most problematic. This causes many problems, namely with regard to the requirements of the Directive concerning public participation and access to justice, and it also diminishes the chance that the results of the assessment will be seriously considered in the decision making process.

Inaccurate transposition of Article 8 – Czech Republic

In the Czech Republic, where EIA is a separate procedure with no binding decision at the end, the laws regulating the development consent procedures do not require the developer to submit the whole environmental report to the decision-making authority, but only the final "EIA statement". This results in a situation in which most of the information gathered in EIA "pursuant to Article 5" is in fact not taken into consideration in the development consent procedures which is not in compliance with Article 8 of the Directive.

It is therefore crucial that directly after EIA, a binding decision concerning (at least) the environmental aspects of the project is issued. The decision should be based on the outcomes of the assessment. The public shall have the right to effectively influence both EIA and the content of such decisions. It can either be the single and final development consent, or it can be followed by another development consent, e.g. the land use permit. Both approaches can have positive as well as negative results. For example, if there are two separate decisions, there is a danger that the rights of the public to influence the second will be limited. On the other hand, if only one decision is issued, it

is more likely that the competence to issue this single key decision will be awarded to an authority whose main responsibility and interest is in project development, not environmental protection.

Necessary changes:

EIA should form an integral part of development consent procedure (or of one of the procedures) for the project. In other words, the Directive should require that EIA is concluded by a binding decision concerning (at least) the environmental aspects of the project.

Specifically for nuclear projects

The Scoping and the EIA statements need to offer concrete information on the option under consideration. We do not think that EIA can be conducted without naming the intended reactor type, as happened in Finland, Lithuania and currently in the Czech Republic (Temelin 3,4 where the EIS states, that any available reactors of Generation III can be chosen). The following information is necessary for Scoping and for EIA reports:

- Alternatives
 - energy supply alternatives (different scenarios, also energy efficiency, energy saving, all renewable energies);
 - economic comparison of the different options;
 - political and socio-political assessment of each scenario.
- Project data
 - Clearly defined type of reactor. The project has to be defined in detail and the environmental impacts including accident risk should be part of the EIA:
 - Technical data, emission data, e.g. tritium releases: it is not sufficient to state that the emissions will stay inside the legally permitted amount. There is a need for comparisons of all technological and policy options in the form of different energy scenarios.
 - Fuel supply
 - energy balance,
 - all environmental effects of the complete fuel cycle,
 - CO₂ generation;
 - type of wastes generated, further treatment
 - decommissioning,
 - final storage of radioactive wastes.

In case no choice has been made for a specific reactor design, information for each considered reactor type shall be provided in sufficient detail for a full justification procedure for the environmental impacts resulting from the project.

Before a nuclear installation receives development consent in the EU, the Environmental Impact Assessment needs to be concluded; this is also the case for changes in projects that already were licensed. Moreover, countries that could be affected by the impacts of the installation have the right to take part in a transboundary EIA process according to the Espoo Convention. The most commonly neglected aspects in EIA processes is the assessment of alternative options, the environmental impacts of the full fuel chain in comparison with alternatives (including mining, fuel production, waste management), the concrete reactor type, and severe accident scenarios based on realistic source terms, which are all indispensable for a meaningful assessment and justification of environmental impacts.

Friends of the Earth Europe campaigns for sustainable and just societies and for the protection of the environment and unites more than 30 national European organisations with thousands of local groups. The organisation is part of the world's largest grassroots environmental network, Friends of the Earth International with member groups in 77 countries worldwide. The office in Brussels coordinates European campaigns and conducts advocacy work towards the European institutions.

Greenpeace is an independent global campaigning organization that acts to change attitudes and behaviour, to protect and conserve the environment and promote peace. Greenpeace has 3 million supporters and does not accept donations from governments, the EU, businesses or political parties. Greenpeace European Unit is part of the international Greenpeace network, active in over 40 countries worldwide. Based in Brussels, the Unit monitors and analyses the work of the EU institutions, exposes deficient EU policies and laws, and challenges EU decision-makers to implement progressive solutions.

Justice and Environment (J&E) is a non-profit non-governmental organisation registered in the Netherlands and seated in the Czech Republic. J&E has member organisations in 12 European countries. The mission of J&E is to protect people, the environment and nature by means of (environmental) law. We do this essentially by trying to ensure a proper implementation and enforcement of EU environmental legislation in the member states and by providing legal support to the public in areas such as environmental health, large transport infrastructure or climate change.

The European Environmental Bureau (EEB) is a federation of over 140 environmental citizens' organisations based in most EU Member States, most candidate and potential candidate countries as well as in a few neighbouring countries. These organisations range from local and national, to European and international. EEB's aim is to protect and improve the environment by influencing EU policy, promoting sustainable development objectives and ensuring that Europe's citizens can play a part in achieving these goals.

*For contact: Magda Stoczkiewicz, Friends of the Earth Europe magda.stoczkiewicz@foeeurope.org
Tel: +32 2 893 1001*

Agenda 21 Local

de la Ville et du CPAS de Bruxelles



Plan d'Action

Septembre 2010



Introduction

AGIR LOCALEMENT, PENSER GLOBALEMENT

Le développement durable

Le concept de développement durable est généralement défini comme « un [mode de] développement qui répond aux besoins des générations présentes sans compromettre la capacité des générations futures à répondre à leurs propres besoins »¹. Il définit un cadre de références et de principes qui devraient guider nos actions de manière globale et transversale en évaluant et en tenant compte de leurs impacts économiques, sociaux et environnementaux, trois aspects essentiels à la qualité de vie.

L'objectif du développement durable est la recherche d'un équilibre cohérent et viable sur le long terme entre ces trois enjeux auxquels s'ajoute une priorité transversale : la bonne gouvernance.

Deux notions sont inhérentes au concept de développement durable : la notion de « besoins », et plus particulièrement les besoins essentiels des plus démunis auxquels il convient d'accorder la plus grande priorité ; et l'idée des limitations que l'état de nos techniques et de notre organisation sociale impose sur la capacité de l'environnement à répondre aux besoins actuels et à venir.

L'Agenda 21 Local

En 1992, lors du Sommet de la Terre de Rio de Janeiro, près de 200 pays adoptent le concept d'Agenda 21. Il s'agit d'un programme d'actions pour le 21^e siècle à mettre en œuvre dans tous les domaines de l'activité humaine (la gestion des ressources naturelles, l'économie, la participation des femmes, l'éducation, la culture, etc.) dans le but de s'orienter vers un développement durable de la planète.

Petit à petit, face au manque d'efficacité des grands accords environnementaux internationaux, le rôle des entités locales et les leviers dont celles-ci disposent ont été mis en avant. En 1994, lors de la 1^{ère} Conférence européenne des Villes durables à Aalborg (Danemark), l'Agenda 21 devient alors également un outil de planification à dimension locale. Un Agenda 21 Local est ainsi une dynamique sur le long terme qui engage une collectivité et la conduit à la réalisation d'un plan global d'actions concrètes dont l'objectif est le développement durable de son territoire et des activités qu'il héberge.

Le niveau local, notre responsabilité à tous

Revoir notre mode de développement nécessite une mobilisation articulée tant au plan global qu'au plan local, au plan collectif comme au plan individuel. Chaque échelon de la société a un rôle à jouer à son niveau. Le développement durable suppose l'implication de tous les acteurs : les pouvoirs politiques, les entreprises au sens large et l'individu dans son comportement quotidien.

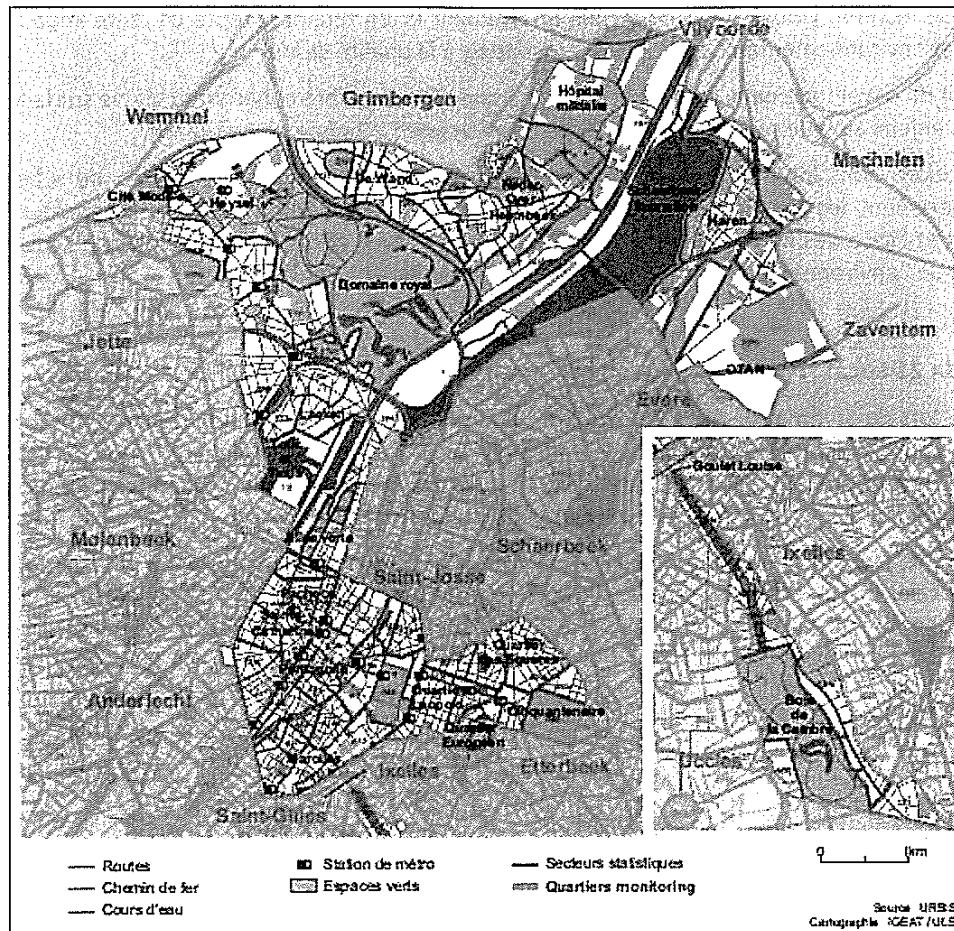
Les pouvoirs politiques, des institutions internationales (ONU, OCDE, Union européenne) aux communes, ont le devoir de mettre en œuvre les moyens nécessaires pour respecter des engagements pris à Rio de Janeiro, Aalborg, Kyoto ou Johannesburg. Mais leur responsabilité ne se limite pas aux aspects réglementaires, budgétaires, d'administration du territoire et des services : des actions durables et concrètes dans leur gestion interne peuvent induire des résultats significatifs. En effet, les activités de ces institutions, généralement détentrices d'un large patrimoine immobilier, d'un parc automobile, grands pourvoyeurs d'emplois, générant des déchets, etc. ont un impact non négligeable sur les aspects économiques, sociaux et environnementaux. Plus particulièrement, les communes et CPAS, proches des citoyens, ont un rôle spécifique à jouer dans l'implication de la société civile dans les grands enjeux durables.

¹ Définition énoncée en 1987 par Gro Harlem Brundtland, Premier Ministre de Norvège et Présidente de la Commission mondiale sur l'environnement et le développement.

Introduction

D'autre part, la société civile, les habitants, les commerçants, les entreprises ont un rôle capital à jouer, à plus petite échelle, mais de manière tout aussi déterminante dans l'évolution positive de notre modèle de production, de consommation et de redistribution. Toutes les activités, même individuelles, ont des répercussions tangibles, et seules la multiplication et la somme des actions isolées sont susceptibles de produire des résultats significatifs.

PRÉSENTATION DE LA VILLE DE BRUXELLES



La Ville de Bruxelles, capitale fédérale, capitale européenne et siège de nombreuses institutions régionales, nationales et internationales, est un pôle métropolitain et économique d'envergure à l'échelle de l'Europe et son rayonnement dépasse largement les frontières du Royaume.

Par l'étendue de son territoire, sa localisation géographique centrale, son brassage de populations, de cultures et de langues, sa population au profil socio-économique très diversifié, sa politique sociale active et son développement urbanistique en pleine expansion, la Ville de Bruxelles jouit d'opportunités exceptionnelles qui doivent l'aider à relever des défis importants.

Le territoire

Le Pentagone et le centre historique sont délimités par la petite ceinture et à l'ouest par le canal. Les quartiers Nord-Est (Quartier des Squares) et Léopold (Quartier européen) s'allongent de part et d'autre de la Rue de la Loi jusqu'au Cinquantenaire. Au Sud-Est, le territoire s'étend par l'Avenue Louise et l'Avenue Roosevelt jusqu'au Bois de la Cambre. Au Nord-Ouest, Laeken est relié au Pentagone par la rive gauche du canal. Neder-

Introduction

Over-Heembeek, au Nord, s'étend jusqu'à la Commune de Vilvoorde. Haren, situé en rive droite du canal, fait également partie du territoire de la Ville de Bruxelles et s'étend jusqu'aux communes périphériques.

La Ville en chiffres

Les chiffres suivants peuvent donner un aperçu de l'importance et de l'impact des activités de la Ville sur les aspects économiques, sociaux et environnementaux ainsi que des enjeux existants en termes de logement, emploi, éducation, mobilité, sécurité, propreté, etc. auxquels elle doit faire face quotidiennement.

- 162.321 habitants (Registre national au 1^{er} janvier 2010)
- 156 nationalités
- Densité de population de 4.536 habitants/km²
- 650.000.000 euros de budget annuel
- 33.232.537 kWh d'électricité consommés en 2008 par la Ville, le CPAS et la zone de police
- 157.697.377 kWh de gaz consommés en 2008
- 296 kilomètres de voirie
- 3.645 agents communaux travaillant dans 331 bâtiments publics et 2.300 travailleurs du CPAS
- 2.359 policiers et employés sur la zone de police Bruxelles-CAPITALE-Ixelles
- 7 parlements et conseils européens, nationaux, régionaux et municipaux
- 350.000 navetteurs quotidiens
- 650 manifestations revendicatives par an
- 8.000 logements sociaux dont la Ville est propriétaire
- 37.588 élèves dépendant de l'enseignement officiel communal
- 30 crèches accueillant 1.350 enfants
- 79 établissements scolaires francophones et 11 établissements scolaires néerlandophones
- 17 bibliothèques
- 10 maisons des enfants, 5 maisons de jeunes, 5 centres psycho-médico-sociaux, 10 antennes sociales, 10 maisons de quartier
- 7 établissements de repos et de soins dont le CPAS est propriétaire
- 43 espaces verts
- 48,7% du territoire constitué par des espaces verts, jardins et surfaces perméables
- 800 espèces de plantes, 100 espèces d'oiseaux
- 39 aires de jeux en domaine public et 4 cimetières
- 1 stade sportif, 6 complexes sportifs, 10 salles omnisports, 13 terrains de sports multifonctionnels, 1 centre nautique et 3 piscines

Introduction

LES ENGAGEMENTS DE LA VILLE EN FAVEUR DU DÉVELOPPEMENT DURABLE

Les engagements d'Aalborg

La *Charte d'Aalborg*, charte des villes européennes pour la durabilité, a été adoptée le 27 mai 1994 par les participants à la 1^{ère} Conférence européenne des Villes durables qui s'est tenue à Aalborg (Danemark). Elle a depuis lors été signée par plus de 1.000 collectivités locales européennes dont la Ville de Bruxelles en 1995. La Charte établit les principes pour un développement durable au niveau local. Les villes signataires s'engagent notamment à élaborer un Agenda 21 Local.

10 ans plus tard, les participants à la 4^e Conférence européenne des Villes durables ont adopté les *Engagements d'Aalborg*² à travers lesquels ils s'engagent à renforcer les efforts de durabilité au plan local et à revitaliser l'Agenda 21 Local. Sur base de cette vision partagée du futur durable des collectivités locales, 10 engagements sont formulés. En signant les *Engagements d'Aalborg* en février 2009, la Ville et le CPAS ont confirmé leur volonté d'œuvrer pour un développement durable. Dès lors, chaque action intégrant l'Agenda 21 Local répond au moins à l'un de ces 10 engagements :

1. Gouvernance :

Engagement à stimuler des processus décisionnels par un recours accru à la démocratie participative

2. Gestion locale vers la durabilité :

Engagement à la mise en application des cycles efficaces de gestion, de formulation, de mise en place et d'évaluation

3. Biens naturels communs :

Engagement à assumer la responsabilité dans la protection et préservation des biens naturels communs, garantie d'un accès équitable à ceux-ci

4. Consommation responsable et choix de style de vie :

Engagement à l'utilisation prudente et efficace des ressources et encouragement de la consommation et production durables

5. Planification et conception :

Engagement à tenir un rôle stratégique dans la planification et conception urbaines en intégrant les aspects environnementaux, sociaux, économiques, de santé et culturels au profit de tous

6. Mobilité améliorée, trafic limité :

Engagement à reconnaître les relations entre transports, santé et environnement, choix en faveur d'une mobilité durable

7. Actions locales pour la santé :

Engagement à protéger et promouvoir la santé et le bien-être des concitoyens

8. Economie locale vivante et durable :

Engagement à la création et au soutien de l'économie locale vivante qui donne accès à l'emploi sans porter préjudice à l'environnement

9. Equité sociale et justice :

Engagement à soutenir des communautés ouvertes et solidaires

10. Du local au global :

Engagement à assumer la responsabilité globale pour atteindre la paix, la justice, l'équité, le développement durable et la protection climatique.

² *The Aalborg Commitments, inspiring futures*, Aalborg, 11 juin 2004.

Introduction

L'Agenda 21 Local de la Ville et du CPAS

C'est en 2005 que la Ville de Bruxelles entame l'élaboration d'un Agenda 21 afin de répondre à ses engagements et surtout de structurer et d'institutionnaliser ses actions intégrant les objectifs du développement durable.

Faisant partie des premières institutions publiques en Belgique à adopter son propre Agenda 21 Local en mars 2008, la Ville de Bruxelles accepte le rôle d'exemple et de moteur qui lui revient en tant que capitale belge et européenne. Ainsi, en adoptant cet outil de planification et de coordination d'actions structuré et cohérent, la Ville et le CPAS ont résolument choisi d'intégrer la globalité de leur réflexion, de leur gestion et de leurs interventions dans un modèle de développement durable.

La Motion CO₂

Parallèlement à l'adoption de l'Agenda 21, la Ville a approuvé le 19 mai 2008 la *Motion CO₂* par laquelle elle s'est engagée à réduire, dans un premier temps, de 20% minimum la consommation d'énergie des immeubles affectés à son domaine public, en travaillant sur trois leviers principaux : l'utilisation rationnelle de l'énergie, la construction durable et la mobilité durable.

LA VERSION 2010 DE L'AGENDA 21 LOCAL

Le processus de mise à jour

Après un an de mise en œuvre, la Ville et le CPAS ont initié à partir de l'automne 2009 un processus d'évaluation et d'actualisation de l'Agenda 21 Local dont le présent document est le produit. Les changements majeurs résident dans la restructuration du plan d'action qui permet une vue plus lisible des engagements pris par la Ville et le CPAS : de 86 actions organisées autour de 14 objectifs en 2008 l'Agenda 21 Local est passé à 154 actions réparties en 22 domaines d'action, eux-mêmes structurés autour de 5 objectifs phares. Ces cinq objectifs ont été formulés en cohérence avec le Plan Communal de Développement (PCD) :

- Une gouvernance moderne et efficace
- Une gestion responsable des ressources naturelles
- Un développement urbain harmonieux
- Une cohésion sociale et des solidarités renforcées
- Une politique dynamique de d'emploi et de développement économique

Les 22 domaines retenus reflètent de façon exhaustive l'ensemble des domaines d'intervention dans lesquelles les actions de l'Agenda 21 doivent s'insérer. Les fiches actions, dotés d'indicateurs objectifs, sont quant à elles soumises à évaluation périodique et sont donc susceptibles d'évoluer au fil du temps, tant dans leur nombre que dans leur portée.

La poursuite de la mise en œuvre de l'Agenda 21

A l'issue de ce processus d'actualisation, chaque département de la Ville et du CPAS et chaque partenaire disposent pour chaque action d'une feuille de route précise, avec un échéancier, des objectifs, des résultats attendus et des indicateurs de mesure de l'atteinte de ces résultats.

Il revient alors aux coordinateurs de l'Agenda 21 Local d'orchestrer l'évaluation des actions en s'appuyant sur le suivi qu'effectuent au quotidien les « référents Agenda 21 » au sein de chaque département.

Par ailleurs, les structures de portage administratif (les comités de pilotage administratifs) et politique (la Coordination de la politique de Développement Durable - CDD) veillent à échéances régulières à la mise en œuvre de ces actions et à leur évaluation.

Enfin, chaque année à partir de 2011, la publication d'un rapport dressant le bilan des actions menées et leur progression permettra de traduire concrètement les avancées obtenues en matière de développement durable.



Programme

Restructuration de l'ancienne Savonnerie Heymans en 42 logements sociaux et une ludothèque.
Adresse : Rue d'Anderlecht, 139-147 à 1000 Bruxelles.

Planning et Budget

Concours : 2005. Budget Phase 1 : 6.833.644,18 EUR (htva et honoraires). 5.196 m² > 1.315 EUR/m².
Chantier : 2008 > 2010.

Intervenants :

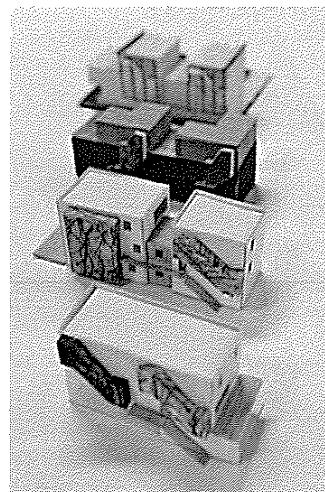
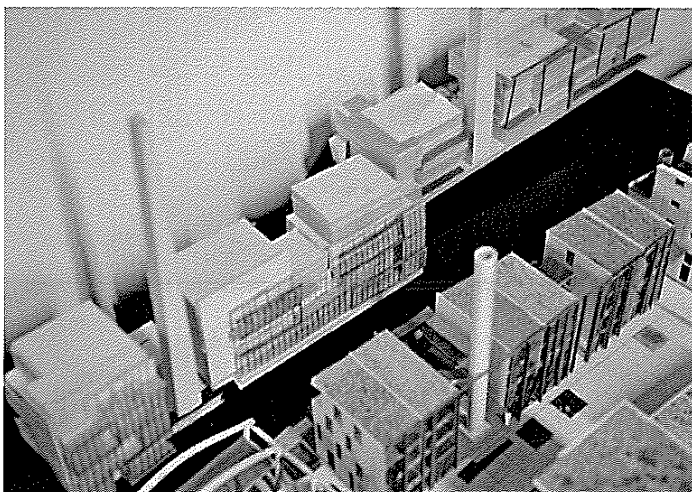
Architecture : MDW architecture – GILLES DEBRUN.

Maître d'Ouvrage : CPAS de Bruxelles – Y. Mayeur, P. Tshikaya

Ingénieur en techniques spéciales : MK Engineering – Piotr Kowalski, Ir.

Ingénieur en stabilité : Waterman TCA – David Boileau, Ir.

Maîtrise des coûts et des plannings : Forum – Serge Steinier et Carlo Pietrapertosa.



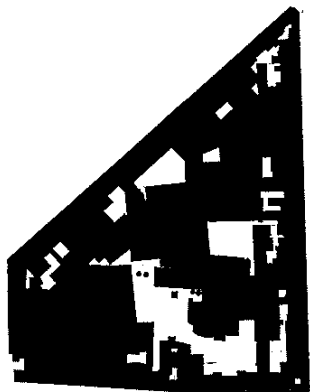
LE PROJET

Le projet de la savonnerie se situe dans le périmètre du Contrat de Quartier (CdQ) « *Notre Dame au Rouge* ». Il constitue la principale opération de rénovation urbaine de ce Contrat de Quartier.

Le site de l'ancienne savonnerie Heymans – d'une superficie de +/- 60 ares et situé rue d'Anderlecht, à 400 m des Halles Saint-Géry - est désaffecté depuis une quinzaine d'années.
L'étude de définition du programme du CdQ a sélectionné le site de la Savonnerie pour y créer 42 logements sociaux. Le CPAS de Bruxelles a ensuite racheté le site à M. Heymans, l'ancien exploitant.

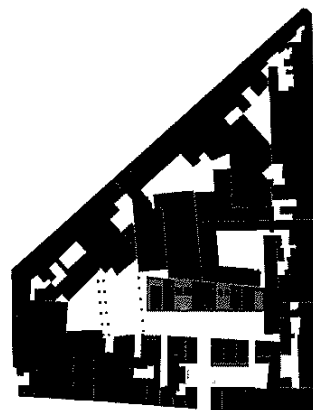
Au regard de la complexité du site, le CPAS a choisi d'organiser un concours d'architecture.

Nos propositions de concours se sont concentrées en priorité sur le positionnement, la signification et le traitement qualitatif des vides et seulement ensuite sur le nouveau bâti. Nous avons aussi reformulé le programme en y ajoutant - à la demande des habitants du quartier - une ludothèque et un nombre plus important de grands appartements (4 et 5 chambres).



MDW ARCHITECTURE

PLAN MASSE ILOT 'EXISTANT'



MDW ARCHITECTURE

PLAN MASSE ILOT 'PROJET'

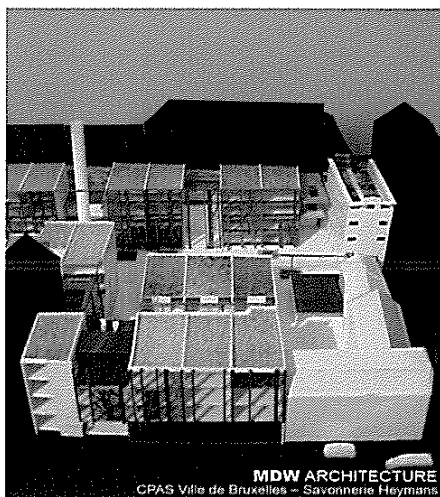
Dès le concours de 2005, nous avons présenté également au jury des choix forts en matière de développement durable et d'éco-construction.

Aujourd'hui, le chantier a commencé. L'assainissement et la restructuration du site se fait en deux phases :

- **Phase 1** : Bâtiments neufs > 32 logements neufs Basse-Energie, un salon commun, une ludothèque et une série d'espaces collectifs extérieurs : la Mini-Forêt, la Grande Cour et le parc 3D.

- **Phase 2** : Bâtiments rénovés > 10 logements rénovés.

Le bâtiment E, qui se trouve dans cette phase 2 'rénovation', a été lauréat en 2007 de l'appel à « **bâtiments exemplaires en matière d'éco-construction et d'utilisation rationnelle de l'énergie** » lancé par l'IBGE.



MDW ARCHITECTURE
CPAS Ville de Bruxelles - Savonnerie Heymans



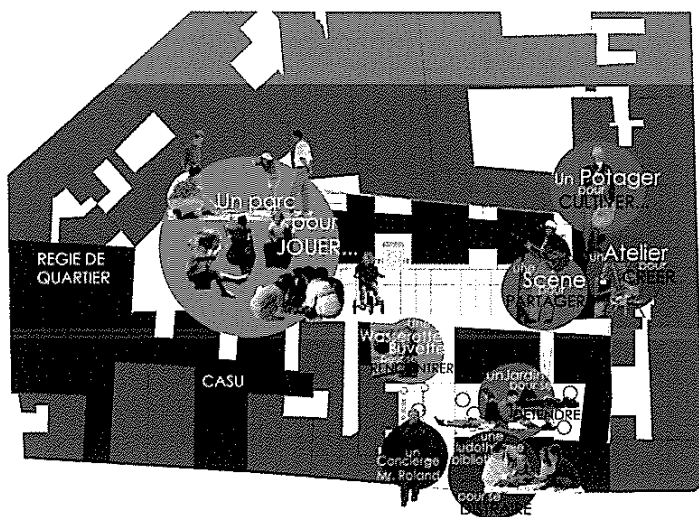
MDW ARCHITECTURE
CPAS Ville de Bruxelles - Savonnerie Heymans

LA SAVONNERIE, UN PROJET EXEMPLAIRE SELON L'IBGE, POURQUOI ?

1. **Maitrise de l'ouvrage (CPAS de Bruxelles) exemplaire** : réaffectation d'un site pollué, procédure réussie de concours d'architecture, respect et soutien de l'architecte, support des surcoûts « éco-construction » et « U.R.E », etc...
2. **Le projet de la Savonnerie fait Ville**. Il s'inscrit dans un Projet Urbain et dans une démarche urbanistique de type « ville recyclé » et « ville compacte ». On construit des logements dans le centre ville en revitalisant un site industriel désaffecté. Par sa position dans l'hyper-centre, on minimise les trajets : tout est à distance « pantoufle » (gare, métro, équipements, commerces, etc..). On crée un petit équipement qui profite au quartier : une ludothèque.
3. Le projet est de la **microchirurgie urbanistique**. Il améliore la situation pour tout l'intérieur d'îlot : **dédensification** et **verdurisation**. Il **revitalise un patrimoine ancien** : ancien relais de malle poste datant du XVIIIème siècle, cheminée, entrepôts industriels.
4. **les séquences spatiales et le programme** du projet sont **variés** : Mini-Forêt, Grande Cour, parc 3D, ludothèque, salon commun, belvédère, etc... Variétés dans le **panachage typologique** des logements - simplex, duplex, lofts, maisonnettes, logement à patios, du neuf, du rénové, etc...

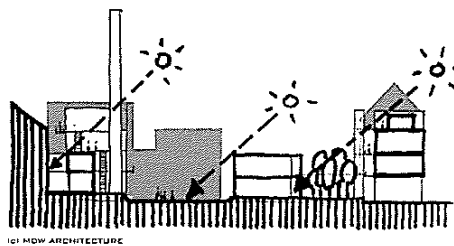
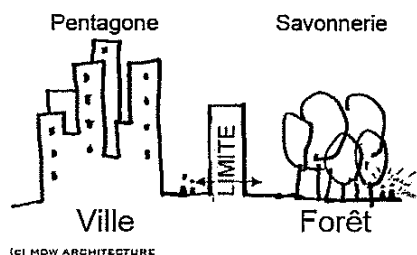


5. Malgré la contrainte d'étanchéité liée à la pollution du sol, le site de la Savonnerie est une **succession variée de biotopes plantés d'espèces autochtones** dans des grands bacs drainés.



Dans l'ordre de progression dans le site, à partir de la rue d'Anderlecht, on trouve :

- Une **Mini-Forêt** que les visiteurs doivent traverser en venant de la Ville. Elle est constituée de bouleaux et d'un sous-bois de plantes d'ombres (fougères, etc..).

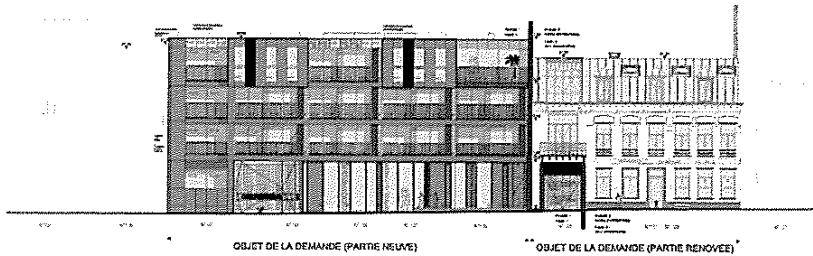
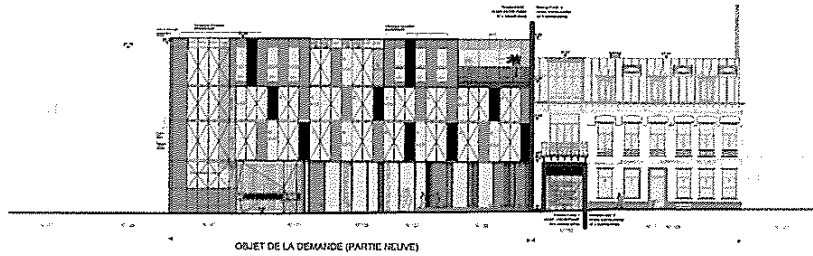
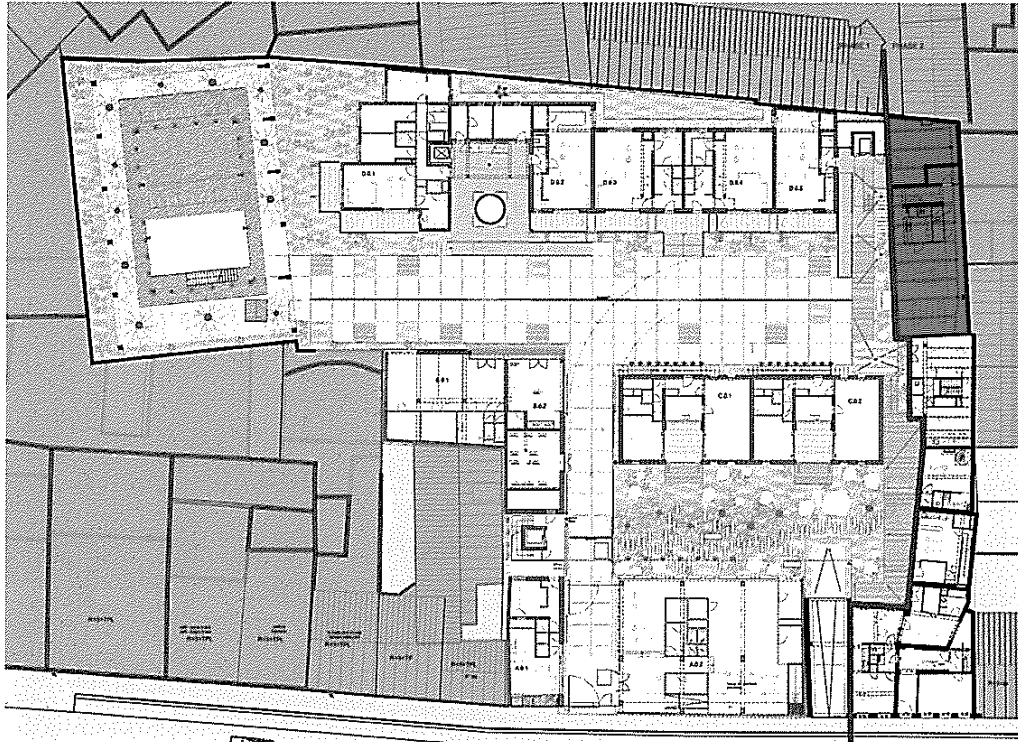
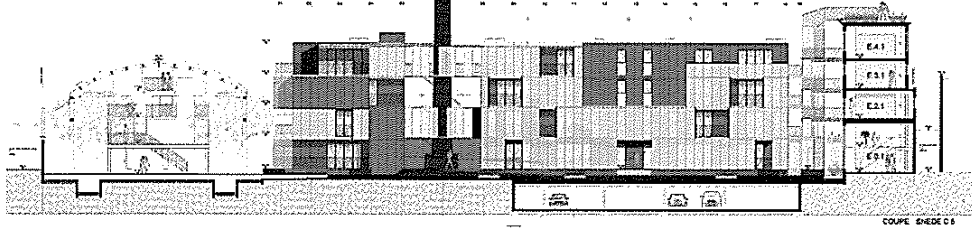


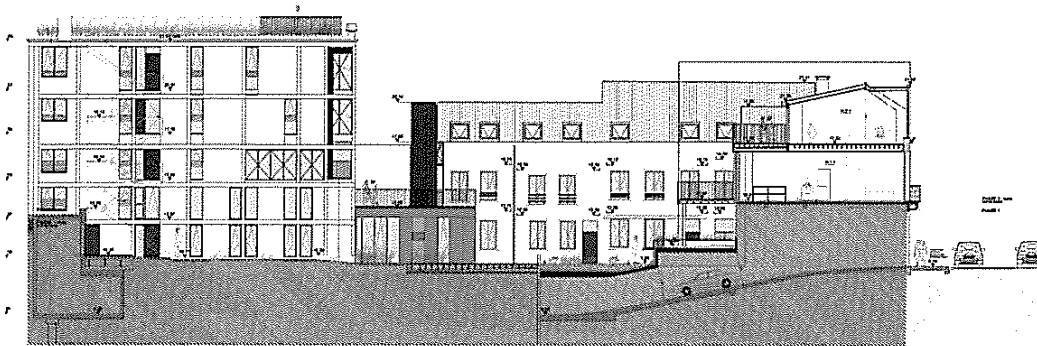
- Dans la **Grande Cour**, un **parcours des senteurs** (rappel du parfum des savons).

- En about de séquence, le **parc 3D** avec ses bouleaux et ses plantes grimpantes qui envahissent la structure en béton conservée. Le parc 3D joue le rôle de **charnière végétale** qui profite aussi à tous les voisins de cette partie de l'intérieur d'îlot.

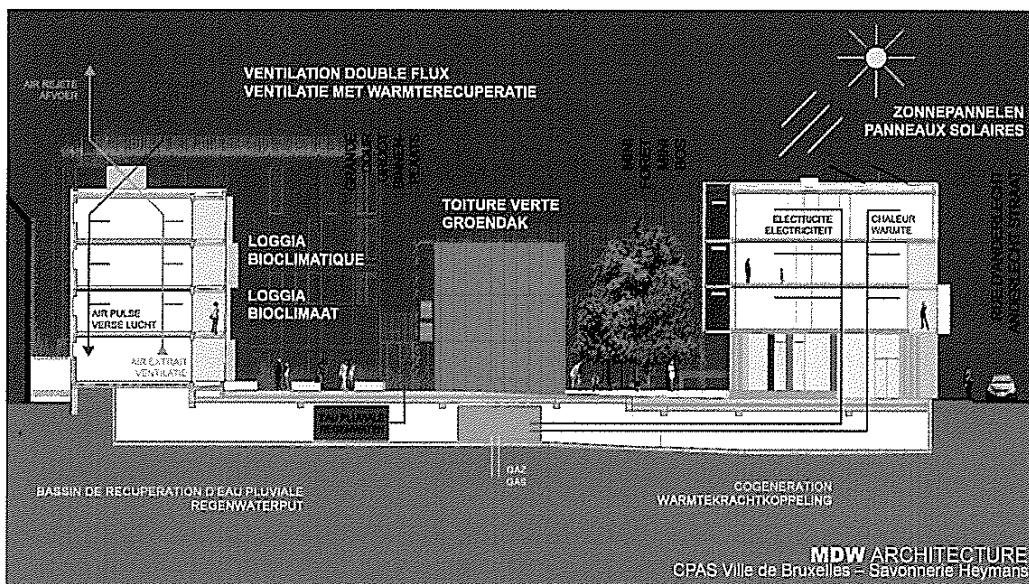


6. L'expression architecturale est contemporaine (What esle ?, comme dirait George...) et à l'ambition avouée de devenir un patrimoine de demain.





7. Le projet dans son ensemble est marqué par une volonté poussée d'**Utilisation Rationnelle de l'Énergie**. Les 32 logements neufs sont « Basse-Energie ». Dans la phase rénovation, 4 logements sont « **Passif rénovation** ». La volumétrie est compacte et surisolé. Il y a un chauffage collectif pour tout le site (cogénération + 40 m² de panneaux solaires). 90% des logements ont des loggias bioclimatiques (double peau, solaire passif). Tous les logements ont une ventilation double flux à haut rendement, etc...



8. En terme d'**Eco construction**, un site lourdement pollué sera assaini. Le choix des matériaux est dicté par l'analyse des cycles de vie (ACV) et les normes NIBE : isolants en laine de chanvre ou cellulose (parois verticales et toiture en pente) ou en liège expansé (sol, certaines toitures plates); plaque Fermacell; badigeon à la chaux; châssis / bardage façade / terrasses : tous en mélèze européen labélisé FSC ; récupération des eaux de pluie, etc...

CONCLUSIONS

Au-delà de nos choix techniques d'U.R.E. et d'éco-construction - qui nous semble simplement le minimum syndical de demain - le projet de la Savonnerie Heymans nous a permis de concrétiser de nombreux aspects de notre vision de la Ville, et plus largement, du Vivre Ensemble.

Trop souvent, le logement social est considéré par certains comme un programme mineur.

Nous pensons au contraire qu'il s'agit d'un sujet d'une grande noblesse. **Les habitants des logements dits 'sociaux' ont besoin, peut-être plus que les autres encore, d'un lieu de vie de qualité, appropriable et qui puisse éventuellement leur donner un sentiment de fierté**, ce qui, en soit, est aussi un gage de durabilité.

Cet objectif nécessite un investissement maximal de chaque intervenant dès le début du processus d'élaboration d'un projet.

A cet égard, le choix du CPAS d'organiser un concours sérieux (avec un jury professionnel, une demande clairement formulée, une rémunération pour les trois premiers lauréats, etc...) a été décisif.

Il est également impératif que les projets d'une certaine ampleur s'inscrivent au préalable dans une réflexion urbanistique plus large (un Projet Urbain) qui encadre le projet architectural en lui-même.

Ce sont des évidences et pourtant, elles sont malheureusement trop souvent négligées par certains maîtres de l'ouvrage publics importants.

A cet égard, nous renvoyons le lecteur vers l'excellent compte-rendu d'un workshop auquel nous avons participé en mai 2006 (organisé par Disturb) :

« EN BRIK ? Recommandations sur la culture de la qualité et la qualité des projets en matière de logement public. »

http://www.disturb.be/spip/article.php3?id_article=176

GILLESDEBRUN, architecte (ISA Saint-Luc Bruxelles, 1996) pour MDW architecture.

ASPECTS TECHNIQUES > DETAILS

LES OPTIONS « U.R.E. » DU BATIMENT E (rédigées par P. Kowalski):

Nous développons ici uniquement les options particulières prises pour le BATIMENT E (bâtiment industriel rénové en 4 logements, lauréat IBGE 2007, repris en vert sur le plan du rez implanté).

Lors de la reconversion de ce bâtiment et au niveau énergétique, l'ordre des mesures d'optimisation a été le suivant :

1. Minimisation des pertes énergétiques et donc des besoins ;
2. Optimisation des moyens de conversion et de distribution de flux énergétiques de compensation ;
3. Utilisation de sources d'énergies alternatives.

Globalement, l'enveloppe du bâtiment est optimisée de manière à atteindre un facteur d'isolation globale « K » pour le bâtiment E ramené à K33.

En termes d'**étanchéité aéraulique**, les fuites d'air sont minimisées par un colmatage systématique et la pose de bandes adhérentes. L'objectif est d'atteindre une étanchéité globale à 50 Pascals de $\eta_{50} = 1,5$ ce qui correspond à un taux d'infiltration moyen de 0,1 renouvellement par heure.

Le niveau d'isolation aéraulique du bâtiment très élevé (étanchéité à l'air) impose la mise en œuvre d'une ventilation contrôlée. Afin d'atteindre les performances énergétiques des bâtiments basse énergie, une **ventilation à récupération de la chaleur** est indispensable. Chaque appartement est équipé d'un groupe de ventilation indépendant implanté dans le noyau central.

Les besoins de chaleur ont été réduits à la base par la haute qualité énergétique de l'enveloppe du bâtiment. La chaufferie est composée de plusieurs types d'équipements de conversion d'énergie primaire (gaz) en chaleur : **chaudière basse température haut-rendement, chaudière à condensation et unité de cogénération** (production combinée de chaleur et d'électricité).

Chaque appartement dispose d'un système de **comptage individualisé** de type compteur intégrateur. Ainsi, les utilisateurs disposent d'une facturation individualisée.

Tenant compte de paramètres définis ci-dessus, nous avons pu calculer que **les besoins finaux en énergies net pour le chauffage s'élevaient à 48 kW/an.m² habitable net (calcul PHPP)**.

L'eau chaude sanitaire est produite dans la chaufferie collective du site. Un ensemble de **capteurs solaires** d'une surface totale de 40 m² est installée sur la toiture du bâtiment A (rue d'Anderlecht) et alimente des ballons solaires de 2.000 litres. Les robinets de puisage sont tous des mitigeurs avec limiteur de débit.

Les **eaux de pluies** sont partiellement récupérées et stockées dans des citernes. Cette eau de pluie est revalorisée via un réseau de distribution spécifique alimentant notamment les sanitaires communs, les cassolettes de façades pour arrosage des communs, les vidoirs ménagers, la buanderie commune au site et les sanitaires des appartements du bâtiment E. Une économie en eau de 40 à 50% est ainsi proposée aux usagers.

Aucune des techniques développées dans ce projet n'est de l'ordre de l'expérimentation. Il s'agit uniquement du choix raisonné de l'analyse des « best available technologies » selon des critères techniques, économiques, sociaux et environnementaux.

LES OPTIONS « ECO-CONSTRUCTION » DU BATIMENT E:

Démolition (briques) : une partie des produits seront réutilisés dans les façades remaniées.

Isolants : suivant la classification NIBE tous nos isolants sont « classe 1a » (meilleure choix) :

Parois verticales : caissons bois FSC avec cellulose ép. 20 cm. + pare pluie rigide en Agepan DWD ou similaire. (panneau sans formaldéhyde avec label de qualité AUB *Arbeitsgemeinschaft ökologisches Bauprodukt*). Finition côté intérieur des caissons : panneau OSB 15 mm (à faible teneur en formaldéhyde) + plaque Fermacell 12.5mm ou similaire.

Toitures plates : Liège expansé ép. 20 cm

Sol et plafonds des terrasses : Liège expansé ép. 10 cm.

Toiture plate en membrane EPDM : classification NIBE 1a

Sol : préchape 4 cm avec granulats de liège.

Châssis et sol des terrasses en Mélèze (origine européenne) labélisé FSC. K = 1.0 (vitrage).

Finitions extérieures : badigeon respirant à la chaux type Calcatex ou similaire.

Finitions intérieures : peinture à base aqueuse (Latex) antistatique et respirante type Leinos ou similaire.